Einzelnummer 30 Pfg.

Volksstimme

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstraße 17 Fernsprecher 6802 Sprechstunde täglich von 1/2 12—1/2 1 Uhr.

Organ der Sozialdemokratischen Partei in Halle und sämtlichen Kreisen im Regierungsbezirk Merseburg. Erscheint mit der Sonntags-Unterhaltungsbeilage „Der Gesellschafter" jeden Werktag nachmittag.

Verlag und Expedition: Halle a. S., Große Ulrichstraße 27 Fernsprecher 5407 Postscheckkonto Leipzig Nr. 87573.

Nr. 156 | Bezugspreis: Durch Austräger zugestellt: monatlich 5.— Mk. einschließlich Trägerlohn. Für Abholer 4.50 Mk. Durch Postbezug im Vierteljahr 13.50; monatlich 4.50 Mk. Bestellgeld extra. | Halle, Dienstag, den 6. Juli 1920 | Anzeigenpreis: Im achtspalt. Anzeigenteil 60 Pf.; Reklame im Textteil 2.50 Mk. f. d. Millimeter-Höhe. Kollektivanzeigen 50% Aufschlag. Schluß der Anzeigen-Annahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr. | 4. Jahrgang

Der erste Tag in Spa.

Die erste Besprechung der Konferenz fand heute Vormittag im Schlosse de la Freineuse unter dem Vorsitz des belgischen Ministerpräsidenten de la Croix statt. An der Konferenz nahmen teil von belgischer Seite Ministerpräsident de la Croix, der Minister des Aeußeren Hymans und der Minister des Innern Jaspar, von englischer Seite Ministerpräsident Lloyd George, Staatssekretär des Aeußeren Lord Curzon und Sir L. Worthington Evans, von französischer Seite Ministerpräsident Millerand, Finanzminister Marshall und der Minister der öffentlichen Arbeiten Le Trocquer, von italienischer Seite der Minister des Aeußeren Graf Sforza und Bertolini, von japanischer Seite der Botschafter in London Graf Chinda, von deutscher Seite Reichskanzler Fehrenbach, Minister des Aeußeren Dr. Simons, Finanzminister Dr. Wirth und Ernährungsminister Hermes. Sofort nach dem Eintreffen der deutschen Delegierten, denen an der linken Seite des in Hufeisenform aufgestellten Tisches Plätze neben den Japanern reserviert waren, wurde ohne formelle Begrüßung in die Verhandlungen eingetreten und zunächst die Tagesordnung festgestellt, welche folgende Punkte umfassen soll: Durchführung der militärischen Bedingungen des Friedensvertrages, die Frage der Wiedergutmachung, die Kohlenfrage, die Frage der Durchführung der Bestrafung der sogenannten Kriegsverbrecher, die Danziger Frage.

Reichskanzler Fehrenbach erklärt hierauf, nachdem er seiner Genugtuung über das Zustandekommen kontradiktatorischer Verhandlungen Ausdruck gegeben hatte, daß es der feste Wille der deutschen Delegation und des ganzen deutschen Volkes sei, die Friedensbedingungen loyal durchzuführen. Zur Behandlung der militärischen Frage würde allerdings die Anwesenheit des Reichswehrministers und des Generals von Seeckt notwendig sein, die als man gestern von der bevorstehenden militärischen Erörterung der militärischen Frage erfahren habe, sofort dringend herbeigebeten worden seien, aber nicht vor morgen nachmittag eintreffen können. Die Konferenz beschloß, die Ankunft der Herren abzuwarten. Auf eine Frage des Reichskanzlers, ob vielleicht zu der Besprechung der Bestrafung die Anwesenheit des deutschen Justizministers erforderlich sei, wurde mitgeteilt, daß sie dringend erwünscht sei. Es würde übrigens auch der englische Lord-Nachdem Reichskanzler Fehrenbach darauf aufmerksam gemacht hatte, daß der deutsche Justizminister gleichzeitig Vizekanzler sei und da der Reichstag jetzt tage, die gleichzeitige lange Abwesenheit des Reichskanzlers und des Vizekanzlers zu Unzuträglichkeiten führen würde, beschloß die Konferenz die Frage der Beschlußfassungen bereits am Donnerstag zu besprechen.

Die Konferenz vertagte sich hierauf.

*

WTB. Spa, 5. Juni. Dr. Melchior und Professor Bonn sind zur Teilnahme in den Beratungen der Konferenz hier eingetroffen.

WTB. Berlin, 5. Juni. Der Reichswehrminister Dr. Geßler und der Chef der Heeresleitung General von Seekt begaben sich heute abend zur Konferenz nach Spa.

Spa, 5. Juli. Zu Beginn der heutigen ersten Sitzung der Konferenz unterrichtete der Vorsitzende die deutschen Delegierten darüber, daß die Alliierten gemäß der beschlossenen Tagesordnung zuerst die militärischen Fragen zu besprechen wünschten. Reichskanzler Fehrenbach antwortete, daß die Vertreter Deutschlands die Behandlung der wirtschaftlichen Fragen an erster Stelle erwarteten. Reichswehrminister Dr. Geßler und der militärische Sachverständige General v. Seeckt seien noch nicht in Spa eingetroffen. Ohne ihre Anwesenheit würde es unmöglich sein, an die militärischen Fragen heranzutreten. Nachdem der Vorsitzende, de la Croix, sich mit den alliierten Kollegen über eine eventuelle Aenderung der Tagesordnung besprochen hatte, teilte er der deutschen Delegation mit, daß die Konferenz zur Besprechung der Abrüstung in Deutschland die kompetenten Vertreter abwarten wolle. Der Reichskanzler erklärte, die Besprechung über diesen Gegenstand könne am Dienstag nachmittag aufgenommen werden, da die Herren Dr. Geßler und v. Seeckt gegen 2 Uhr nachmittags ankommen würden. — Der erste Meinungsaustausch vollzog sich in durchaus höflicher Form. Um 11 Uhr 50 Minuten vormittags wurde die Sitzung auf Dienstag nachmittag 3 Uhr vertagt. Bis dahin werden die Alliierten über die noch schwebenden Fragen unter sich Besprechungen abhalten.

Wer alles nach Spa kommt.

Spa, 4. Juli. Nach einer Meldung von Havas-Reuter sind Venizelos und der polnische General Rotwadowsky gestern vormittag. die französische und belgische Delegation und das Personal der englischen Delegation gestern nachmittag hier angekommen. Lloyd George, Wilson und Lord Riddel sind von Brüssel über Waterlow hierher gefahren.

Der französische Erfolg bei den deutschen Reichstagswahlen.

Brief aus dem Westen.

Der kurzsichtigen französischen Rachepolitik verdanken wir den Vertrag von Versailles. Die Folgen dieses Gewaltvertrages sind die politische und wirtschaftliche Zerrüttung Deutschlands und seine drohende Zerreißung, die sich in den von Frankreich besonders geförderten Loslösungsbestrebungen im Westen, Süder und Osten Deutschlands kundgibt. Die französischen Militaristen haben immer zielbewußt auf Deutschlands Vernichtung hingearbeitet und arbeiten fortgesetzt in dieser Richtung weiter. Wer darüber noch im Unklaren gewesen ist, dem sind wohl die Augen geöffnet worden durch die in einer Konferenz höherer französischer Offiziere des besetzten Gebietes aufgestellten Richtlinien für die Deutschland gegenüber zu befolgende Politik. In diesen Richtlinien ist gesagt, daß Deutschland in 5—6 selbständige Republiken zerlegt werden müsse. Um das zu erreichen, müsse jede Verlegenheit Deutschlands bei der Erfüllung des Friedensvertrages ausgenützt werden. Im ganzen Rhein-Maingebiet sowie im Ruhrrevier müßten sich französische Truppen festsetzen: Die Verbündeten Frankreichs müßten in dieser Beziehung vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Die inneren Widersprüche der Koalitionsregierung müßten positiv wie negativ ausgenutzt werden und als negativen Bundesgenossen solle die Unabhängige Sozialdemokratische Partei gebraucht werden.

Was also im „Friedens"-Vertrag nicht direkt erreicht werden konnte, wird gegen und unter Bruch des Vertrags mit den schäbigsten Mitteln politischer Umtriebe durchzusetzen versucht. Die Mainganbesetzung war die mißglückte Anwendung eines der in den Richtlinien der Militaristen angegebenen Mitteln. Ein Heer von Agenten im französischen Solde treibt sein Unwesen in Deutschland, arbeitet mit Bestechungen in jeder Form, pflegt Wirtschaftsspionage, fördert französische Kapitalanlagen, spielt französischen Kapitalisten deutsche Unternehmungen in die Hände, vergiftet die Volksmeinung durch politische Hetze, reizt erbitterte radikale Elemente und politische Fanatiker zu Putschen auf, hilft bei ihrer Inszenierung werktätig mit, wie im Ruhrgebiet, wo im Hauptquartier der Roten Armee französische Offiziere wirkten, und sucht mit sadistischer Lust, jede Keimbildung zu Deutschlands Aufwachsen zu ersticken. Das alles ist natürlich nicht ohne Einfluß auf den Ausgang der Reichstagswahlen gewesen.

In wahnsinniger Verblendung hat die Opposition der äußersten Linken und der äußersten Rechten die Geschäfte des französischen Militarismus besorgt. Selbst in den besetzten Gebieten, wo in handgreiflichster Form jede Opposition gegen die Reichsregierung von der französischen Besatzungsbehörde bevorzugt und unterstützt wurde, haben die oppositionellen Parteien sich nicht jenes Maß von Reserve auferlegt, das im höheren Interesse des Vaterlandes unbedingt erforderlich gewesen wäre. Dabei ist zu beachten, daß die französischen Intrigen nicht nur im besetzten Gebiete spielen, sondern daß auch im unbesetzten Deutschland politische Geschäftsverbindungen unterhalten werden. Im Einklang mit den französischen Militaristen denunzieren die Zeitungen der U. S. P. die Abwehrbewegung gegen die politischen Umtriebe der Franzosen als alldeutsch-nationalistische Hetze, liefern dabei ihre eigenen Parteigänger ans Messer der französischen Militaristen und geben sich dem kindlichen Gedanken hin, der Versöhnung der Völker dadurch einen Dienst zu leisten. Schließlich müssen sich diese Illusionspoliker nicht nur von den Kommunisten, sondern auch von ernsthaften bürgerlichen Pazifisten sagen lassen, daß zurzeit der französische Militarismus das Burghindernis einer Annäherung zwischen dem französischen und dem deutschen Volke ist. Eine Auffassung, die auch von den französischen Sozialisten geteilt wird, die in ihrem Kampfe gegen den französischen Militarismus sich von deutschen unabhängigen Sozialisten in den Rücken fallen lassen müssen.

„Die Demokratie hat den Militarismus besiegt; die Dreyfusaffäre war der große Reinigungsprozeß, in dem sich die französische Armee zum Volksheer läuterte." So schrieb 1906 eine deutsche sozialistische Zeitschrift als das französische Volk einen Sieg über die reaktionäre Offizierskaste errungen hatte, die durch den Krieg wieder bestimmender Faktor der französischen Politik geworden ist. Diese Kaste, die das deutsche Volk quält und damit dem deutschen Durchschnittsspießer die Unentbehrlichkeit des deutschen Militarismus demonstriert. Aus dem Boden dieser aufgewühlten nationalistischen Instinkte erwuchs der Kapp-Putsch, erwuchsen die reaktionären Erfolge bei den Reichstagswahlen.

So sind die Reichstagswahlen in erster Linie ein Erfolg des französischen Imperialismus. In Spa wird er ausgemünzt werden. Denn der französische Mili-

Eine Auslandsansicht über Krassins nächste Verhandlung.

Rotterdam, 4. Juli. Nieuwe Courant bemerkt anläßlich des Abbruchs der Londoner Verhandlungen mit Krassin, daß es die Sowjet-Regierung wahrscheinlich mit diesen Verhandlungen gar nicht so eilig habe, weil sich in der nächsten Zukunft mancherlei ereignen könnte, was für die Sowjet-Regierung vorteilhaft wäre. So könnte z. B. das Ergebnis der Konferenz von Spa Deutschland für den Bolschewismus reif machen, und ferner der Krieg gegen Polen möglicherweise von Erfolg sein. Aufschub sei deshalb augenblicklich für Moskau die gegebene Taktik.

Eine deutsche Protestnote in der Abstimmungsfrage.

Allenstein, 5. Juli. Der Reichskommissar für die Abstimmungsgebiete Ostpreußen, Freiherr von Gayl, hat heute mittag der interalliierten Kommission Allenstein eine Protestnote überreicht, in der es u. a. heißt: Nach Artikel 11 des Abstimmungs-Reglements vom 14. April 1920 sollen in den Gemeinden mit mehr als 600 Abstimmungsberechtigten besondere Stimmbezirke für denjenigen Wahlberechtigten gebildet werden, die zwar in dem Bezirk geboren sind, aber dort keinen Wohnsitz und gewöhnlichen Aufenthalt haben. In letzter Stunde hat die interalliierte Kommission noch angeordnet, daß auf Beschluß der Abstimmungsausschüsse auch in den Bezirken mit weniger als 600 Abstimmungsberechtigten für die auswärtigen Wähler besondere Wahlbüros und Urnen zugelassen werden können. Diesen Beschluß hat die interalliierte Kommission auf Vorschlag der Polen gefaßt. Diese wollen offenbar bei der Entscheidung über das Schicksal des Bezirks gegebenenfalls erreichen, daß den Stimmen der von auswärts Wahlberechtigten eine geringere Bedeutung beigemessen wird als den der anderen Stimmberechtigten. Die deutsche Regierung hat gegen das Vorgehen Protest eingelegt. Diese Maßregel beweist wiederum, daß die interalliierte Kommission, wie schon mehrfach, dem Wunsch der Polen nachgab und der deutschen Seite Schwierigkeiten bereitet hat.

Zwischenfälle im Abstimmungsgebiet.

Allenstein, 5. Juli. Bei einem aus Allenstein kommenden Lastauto vermutete man in Gildenburg einen Waffentransport für die Grenzorganisation der Polen. Man fand auf dem Auto eine Unmenge polnischer Flugschriften und andere Hetzschriften. Die aufgebrachte Menge warf sämtliche Druckschriften auf einen Haufen und zündete sie an. Am Abend desselben Tages zogen Mitglieder des Gildenburger Heimatvereins mit Musik zum Bahnhof, um die aus dem Reiche kommenden Stimmberechtigten zu empfangen. In der Nähe des Bahnhofes eröffnete eine Abteilung der polnischen Kampfschar Bojozka aus dem Hinterhalt ein Feuer auf die Deutschen, von denen vier verwundet wurden. Nach begründeten Vermutungen ist der polnische Organist an der katholischen Kirche in Gildenburg der Organisator des Ueberfalls.

Noch mehr Minister nach Spa.

Der „Vorwärts" schreibt, das Programm der Verhandlungen von Spa ist derart erweitert worden, daß sich die Abreise weiterer Minister nach dem Konferenzort notwendig machen wird. Da der Reichstag nicht in Abwesenheit der meisten Regierungsmitglieder weitertagen wolle, dürfte er zu dem Entschluß kommen, seine Beratungen zu unterbrechen.

Ebert soll vorläufig im Amte bleiben.

Wie die „Germania" zuverlässig erfährt, ist die Frage der Präsidentenwahl noch keineswegs spruchreif. Der Wunsch der Reichsregierung sowohl wie des Reichstags ginge dahin, daß Reichspräsident Ebert bis auf weiteres sein Amt beibehalten möge. Es sei anzunehmen, daß er diesem Wunsche willfahren werde.

Kein Todesurteil.

Berlin, 5. Juli. In dem Mordprozeß Blau verurteilte das Gericht Hoppe zu 6 Jahren Zuchthaus, Winkler zu 3 Jahren Gefängnis unter Anrechnung von je 8 Monaten der erlittenen Untersuchungshaft. Der Angeklagte Fichtemann wurde freigesprochen.

Die diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Japan.

Amsterdam, 5. Juli. „Eastern Service" meldet aus Tokio: Die deutsche Botschaft und die Konsulatsgebäude sind von Japan wieder an Deutschland zurückgegeben worden. Die diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern sind wiederhergestellt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200706-15/fragment/page=0001

tarismus drängt weiter vor auf dieser Bahn. Räuberisch, wie er seiner Natur nach ist, schreit er nicht: „Geld oder Leben!“ sondern: Geld und Leben! Das ist die Stimmung, die den französischen Imperialismus beherrscht und zynisch von Jaques Bainville eingestanden wird:

„Der gute französische Sinn sage, daß man niemals soviel gewonnen haben werde, als wenn das deutsche Staatsschiff mit Mann und Ladung unterginge, denn von dem Besitztum würde immer noch etwas übrig bleiben, und Frankreich sei wenigstens vom Bismarckschen Reich befreit.“

Bei dem anmutigen Plan, das ganze deutsche Volk unter die Knute des französischen Kapitalismus und Militarismus zu zwingen, dürfen die Unabhängigen als negative Bundesgenossen mitwirken. Es wird Zeit, daß die Arbeiter zur Besinnung kommen. Denn darüber besteht gar kein Zweifel: Gegenüber dem deutschen Kapitalismus sind wir nicht wehrlos, aber einem französischen Kapitalismus, der sich auf einen fest in dem Sattel sitzenden starken Militarismus stützt, wäre das deutsche arbeitende Volk auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Zu den Qualen der Ausbeutung würden sich noch politische und völkische Rechtlosigkeit und Mißhandlung gesellen. Ein Sklavendasein schlimmster Art stände uns bevor. Der Leidensweg des gesamten Proletariats würde sich um Jahrzehnte verlängern.

Deutscher Reichstag.

8. Sitzung, Montag, den 5. Juli, 2 Uhr.

Zunächst wird die Diätenvorlage, wonach jeder Abgeordnete monatlich 1500 Mk. Tagegelder erhalten soll, ohne Aussprache dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen.

Brotversorgung und Lebensmittelpreise.

Auf der Tagesordnung steht zunächst eine Interpellation Erkelenz (Dem.), Trimborn (Ztr.), Stresemann (D. Vp.) über die Brotversorgung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Mit dieser Interpellation verbunden wird eine Interpellation Henke (U. Soz.) über die fortgesetzte Steigerung der Lebensmittelpreise.

Abg. Erkelenz (Dem.) begründet die erste Interpellation. Wenn im Ruhrrevier nicht Abhilfe geschaffen wird, müssen sich schwerwiegende politische Konsequenzen ergeben.

Abg. Dr. Herz (U. Soz.): Die Ausführungen des Vorredners haben deutlich die Not der Bevölkerung gezeigt. Wir wenden uns aufs schärfste gegen einen sogenannten „planmäßigen“ Abbau der Zwangswirtschaft, solange Angebot und Nachfrage sich nicht das Gleichgewicht halten. (Beifall bei den U. Soz.) Es muß jetzt unter allen Umständen mit dem Abbau der Preise begonnen werden, wobei bei den Brot- und Getreidepreisen der Anfang gemacht werden muß. (Sehr richtig!) Der Hauptmangel der Zwangswirtschaft ist, daß sie durch die Gegenwirkung des Großgrundbesitzes usw. nur auf dem Papier steht. (Sehr richtig!) Demgegenüber fordern wir den genossenschaftlichen Ausbau in der Landwirtschaft mit allen Mitteln. Nur auf diesem Wege wird die furchtbare Not gelindert werden können. (Sehr richtig! bei den U. Soz.)

Ein Regierungsvertreter: Im allgemeinen sind die Landwirte ihrer Lieferungsfrist nachgekommen. Wir brauchen auch jetzt Auslandsgetreide, und dessen Preise müssen bei der Kalkulation in Rechnung gezogen werden. Die Frühdruschprämien können wir nicht entbehren. (Ruf bei den U. Soz.: Ist das alles?)

Auf Antrag Burlage (Ztr.) wird Besprechung bei der Interpellation beschlossen.

Abg. Käppler (Soz.): Das bedauerliche ist, daß wir anstelle des Brotes nicht Kartoffeln geben können, weil die Ablieferung in die Städte nicht im geringsten genügt. (Sehr richtig!) Sollte in den nächsten Wochen durch Unruhen eine Stockung eintreten, dann wäre der Zusammenbruch vollständig. Und dann gibt es nur noch das Eine, daß die städtische Bevölkerung auf das Land strömt und sich seine Nahrung selber holt. Das kann doch den Bauern auch nicht recht sein. Es gibt nur einen Weg zur Lösung dieser Schwierigkeiten, Erhöhung unserer Gesamtproduktion. Und dann: das Vorhandene muß gerecht verteilt werden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Unsere ganze Ernährungswirtschaft ist nichts als ein Fortwursteln nach den alten Methoden. Die kapitalistische Wirtschaft ist nicht fähig, uns wieder hoch zu bringen. Wir müssen dahin kommen, daß, wer nicht arbeitet, auch nichts zu essen bekommt. (Sehr richtig! — Zuruf: Wer sitzt denn im Kintopp?) Den Arbeiter zwingt schon die Not des Lebens zur Arbeit. Es konnten jedem noch 260 Gramm Brot mehr gegeben werden, wenn alles Getreide abgeliefert und erfaßt würde. (Hört, hört!)

Aus dem fehlerhaften Kreis von Preis und Lohn muß die Landwirtschaft zuerst heraus, und sie kann dies auch, weil sie festere Produktionskosten hat die nicht von den Schwankungen abhängen wie bei der Industrie. (Widerspruch rechts.) Dann aber auch nur dann, kann der Landwirtschaft geholfen werden durch Verbilligung der Düngemittel auf Reichskosten. Wir verlangen eine Herabsetzung der Ausmahlung, den Fortfall jedes Streckungsmittels ab nächster Ernte und auf keinen Fall eine Erhöhung des Brotpreises. (Sehr richtig!) Sie (zur Rechten) wollen eben keine normalen Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, damit Sie Ihre Riesenprofite beibehalten können. (Lebhafter Widerspruch und erregte Zurufe rechts.) — Der Präsident bittet, den Redner weitersprechen zu lassen. — Die Aussetzung von Frühdruschprämien hat tatsächlich eine Vermehrung der Anlieferung zur Folge und macht uns darum unabhängiger von der Auslandseinfuhr. Die Landwirtschaft sollte angesichts der fürchterlichen Notlage des gesamten werktätigen Volkes auf jede weitere Preiserhöhung verzichten. (Sehr richtig!) Wenn dagegen manche landwirtschaftlichen Kreise mit dem Boykott drohen, so warne ich sie mit der Macht der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft. (Sehr richtig!)

Der Präsident verliest einen Antrag Ledebour (U. Soz.): Die Behandlung der Interpellationen durch die Regierung entspricht nicht der Anschauung des Reichstages.

Abg. Sauerbrey (U. Soz.): In den Säuglingsheimen sind die furchtbaren Folgen der Unterernährung deutlich zu beobachten. Die Photographien dieser Unterernährten, mit englischer Krankheit behafteten Kinder sollten auf jedem Gutshofe ausgehängt werden. (Zuruf rechts: Die englische Hungerblockade!) Ich leugne nicht die Schuld der englischen Imperialisten, aber die deutschen Agrarier haben die Hungerblockade fortgesetzt. Die Zwangswirtschaft hat mit Sozialismus nichts zu tun, aber selbst diese Notstandsmaßnahme wird von den Agrariern sabotiert. Die fortschreitende Proletarisierung wird zu einer fortschreitenden Revolutionierung (Beifall bei den U. Soz.)

Nächste Sitzung. Dienstag, 2 Uhr.

Preußische Landesversammlung.

147. Sitzung, Montag, den 5. Juli.

Präsident Leinert eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 40 Min. — Abg. Stöcker (U. Soz.) hat sein Mandat niedergelegt. Neu eingetreten sind die Abgg. Kilian (U. Soz.) und Frau Reich (U. Soz.).

Die Nachweisung über die außerplanmäßig beschäftigten Personen wird auf Antrag v. Kries (D. Nat.), der sie unter Zustimmung des Hauses für völlig unzureichend erklärt, einstimmig dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Es folgt die Mitteilung des Staatsministeriums über eine einmalige Beihilfe an die Kriegsveteranen von 1870/71 im Betrage von 80,00 Mk.

Abg. Kopsch (Dem): Diese Bewilligung von 80,00 Mk. ist schlimmer als nichts. (Zustimmung.) So etwas läßt sich nicht einmal mit der schlechten Finanzlage begründen. Wir verlangen schleunige Erhöhung der völlig unzureichenden Summe.

Abg. Werner (D. Nat.): Die Vorlage ist keine Empfehlung für das neue Regiment.

Abg. Herbert (Soz.): Die Herren von der Rechten haben früher für diese Veteranen nicht gesorgt, trotzdem Geld genug da war. (Lebhafte Zustimmung links.) Man hat damit aber nicht den Kriegsopfern geholfen, sondern lieber einen neuen Krieg entzündet.

Abg. Schüling (Ztr.): Diese Veteranen sind immer mit Trinkgeldern abgespeist worden.

Abg. Meyer-Herford (D. Vp.): Die frühere nationalliberale Partei hat sich immer für die Veteranen eingesetzt. (Stürmisches anhaltendes Gelächter.)

Abg. Ludwig (U. Soz.): Die Behauptung des Vorredners ist doch überaus stark. Bekanntlich hat die Rechte niemals etwas für die Veteranen getan, sondern höchstens schöne Worte gemacht und Betteltage für sie veranstaltet.

Das Haus erklärt die Vorlage, ebenso eine Reihe anderer ministerieller Mitteilungen durch Kenntnisnahme für erledigt.

Der Gesetzentwurf zur Ueberführung der standesherrlichen Bergregale an den Staat wird mit den dazu vorliegenden Anträgen auf Antrag des Abg. Dr. Frentzel (Dem.) ohne Aussprache dem Ausschuß für Handel und Gewerbe überwiesen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Zum Landrat im Kreise Schleusingen ist der U. S. P. Professor Werkmeister-Stettin ernannt worden. Es hat dort ziemlich lange gedauert, ehe die Unabhängigen einen geigneten Mann fanden. Leid-Berlin und Reif-Albrechts hatten nach ihrer Ernennung abgelehnt.

Die Studentenvereinigungen.

Eine Verordnung des Ministeriums für Wissenschaft Kunst und Volksbildung.

Von zuständiger Stelle wird aus Berlin mitgeteilt: Der Entwurf einer Verordnung über die Bildung von Studentenschaften an den Universitäten und Technischen Hochschulen, ist, nachdem die öffentliche Erörterung zu einer gewissen Klärung geführt hat, im Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung endgültig fertiggestellt und geht nunmehr zur weiteren Prüfung an das Preußische Staatsministerium. In gerechter Würdigung einiger gewichtiger Einwände der Deutschen Allgemeinen Studentenausschüsse verzichtet der Minister darauf, den Studentenschaften von sich aus einen Vorsitzenden zu bestimmen. Anstelle des viel umstrittenen Verwaltungsrates soll ein Vermögensbeirat treten. Auch in der Frage, in welchem Umfange den Ausländern der Zutritt zu der Studentenschaft und ihren Einrichtungen zu gestatten ist, konnte eine Regelung gefunden werden, die zeigt, wie weit das von dem Ministerium in die Studentenschaft gesetzte Vertrauen geht. Damit ist eine wirkliche studentische Selbstverwaltung angebahnt.

Deutschnationale Entrüstung und ihre Ursache.

Der Verkauf der „Deutschen Zeitung“, des „Deutschen Wochenblatts“ und des „Völkischen Beobachters“ ist vom Polizeipräsidenten Lübbering in den Hauptverkehrsstraßen Königsbergs verboten worden. Die „Deutsche Zeitung“, die diese Mitteilung mit der Ueberschrift „Knebelung der öffentlichen Meinung“ versieht, nimmt an, daß sich der Reichstag mit dieser Angelegenheit beschäftigen wird. Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, trifft die Mitteilung der „Deutschen Zeitung“ zu. Der Verkauf der genannten Blätter wurde zum Teil von Studenten und früheren Offizieren in reklamehafter aufreizender Anpreisung vorgenommen unter Angriffen auf die staatliche Autorität. Die Folge davon war, daß in verkehrsreichen, recht engen Straßen Ansammlungen, zuweilen von 100 bis 200 Menschen, stattfanden, daß eine starke Pogromstimmung bemerkbar wurde. Polizeipräsident Lübbering, der Ausschreitungen gegen die Juden und sonstige Krawalle befürchtete, hat deshalb als vorbeugende Maßnahme den Verkauf dieser Zeitungen verboten, wie auch die „Deutsche Zeitung“ sagt, in den Hauptverkehrsstraßen, wo eben die Gefahr von Ansammlungen besonders groß ist.

Ein Proletarierschicksal.

Die „Kommunistische Arbeiterzeitung“ veröffentlicht den Brief eines Arbeiters, der mit der Waffe in der Hand den Weg zu seinem Ideal suchte. Ueberall hat er mitgekämpft, zuletzt bei Wesel, immer wieder hat er sein Vertrauen enttäuscht gefunden. Zuletzt schreibt er:

Als Flüchtling kam ich nach Berlin, dann nach Königsberg, um von dort nach Rußland zu gelangen, doch vergeblich, ich mußte zurück nach Berlin. Keine Arbeit, kein Verdienst und noch flüchtig. Bin bei der „Roten Fahne“, bei der „Freiheit“ gewesen, habe meine Not geschildert, und daß ich mein junges Eheglück vernichtet habe. Doch kaum, daß ich angehört wurde, schickte man mich von Pontius zu Pilatus. Nach Essen habe ich geschrieben mit der Bitte, mir ein neues Parteibuch auszustellen, da ich das alte vernichten mußte. Drei Wochen und noch keine Antwort. Postenjäger sind sie alle, und die Wenigen, die aus Idealismus bei der Sache sind, die kommen gar nicht in Frage, so verschwindend klein ist ihre Zahl. Mein Glauben und der vieler tausender begeisterter Anhänger des Kommunismus ist erschüttert. Das Vertrauen wurde mißbraucht, und so sind viele Arbeiter auf einen toten Punkt angelangt, nicht wissend, wo die Wahrheit ist. Dies sind alles arme, durch unverantwortliche Führer irregeleitete Menschen. Keine der linken Parteien hat mein Vertrauen festigen können. Nun hat das Proletariat eine K. A. P. D., vielleicht kann hier das Vertrauen wiederkommen und die Sachen der Arbeiterschaft stehen nicht so schlecht.

Was dieser Arbeiter schildert, haben viele erlebt und erlitten, seine Empfindungen fordern Respekt. Nur die Erkenntnis fehlt ihm noch, daß der Aberglaube an die

Der Schandfleck.

Roman von Ludwig Anzengruber.

(79. Fortsetzung.)

Im Hausflur wartete die alte Seferl und raunte Leni zu: „Gratulier' dir auch schön! Und, gelt nein, mein Reden, das der Dirn vermeint war, wird mer doch d' Bäu'rin nit nachtrag'n? Gelt nein?“

G'wiß nit, Seferl, hast's ja auch nit schlecht gemeint.“

Im Hofe sah sie das übrige Gesinde stehen, sie nickköpften alle, mancher mit hochgezogenen Augenbrauen und offenem Maul, es gab lauter erstaunte Gesichter, aber kein unfreundliches, und als sie ihr Bündel dem Mathies übergab, da nickte er ihr fast vergnügt zu. Volksgunst hält sich, wie im großen, so auch im kleinen, an den Erfolg, und darin liegt ein gutes Stück gesunden Denkens, welches nur da falsch schließt und verderblich wird, wo der Erfolg in seinen Mitteln und Zwecken unmoralisch oder der Person und der Sache nach ein unverdienter ist. Alle, die Magdalenen abgünstig waren, seit es hieß, sie habe es auf den Bauer abgesehen, schienen jetzt anderen Sinnes, wo sie eben das erreicht hatte, was zu erstreben man ihr für übel genommen.

Als sie nun, die letzte, in den Wagen steigen sollte, da umschlang Kaspar, wie von einer plötzlichen Wildheit erfaßt, mit beiden Armen ihre Hüfte und schwang die Erschreckte auf den Sitz. Sie stieß einen leichten Schrei aus. „Hab' ich z' grob zug'griffen?“ flüsterte er. „Schau, ich konnt' mer nit helfen, anfassen mußt' ich dich und halten, auf daß ich glaub', daß d' mein bist, und auch du merkst, daß d' mir nimmer auskannst.“

Sie reichte ihm, vor sich niederblickend, die Hand. Der Wagen setzte sich langsam in Bewegung, und der Bauer schritt nebenher bis zum Tore. Dort sahen sich die beiden Scheidenden tief in die Augen und trennten zögernd die Hände. Man rief und winkte sich Abschiedsgrüße zu, bis das Wagengerassel die Rufe übertönte und man sich an einer Straßenkrümmung jäh aus dem Auge verlor. Der Bauer blieb horchend an der Stelle stehen, bis ferne jedes Geräusch erstorben war, dann kehrte er auf den Hof zurück und begann ein lustiges Schelten, geschäftiges Anordnen und rühriges Selbstzugreifen.

„Ah, halt ja,“ sagte halblaut der Heiner, „hitzt g'freut ihn erst 's Leb'n.“

Gar stille war es auf dem Wägelchen geworden. Leni saß mit halbgeschlossenen Augen, die gefalteten Hände im Schoße, zwischen Wachen und Träumen.

Erst als das Dorf hinter ihnen lag und sie in den Föhrenwald einfuhren, wandte sich der alte Bauer an das Mädchen: „Möch'st etwa 'n Brautstand über lieber bei dein' Leuten bleiben?“

Sie schüttelte den Kopf. „'m Vater z'lieb' schon, aber 'n Geschwistern trau' ich nit, sie könnten ihm und mir d' Freud' verderben.“

„Dann bleibst af mein' Hof, bis dich der Kaspar als Bäu'rin af sein' holt. Ich gönn' dir 's.“

Er hatte seine Rechte bekräftigend auf beide Hände Lenis gelegt und konnte es nicht wehren, daß diese zufaßte und seine Hand an die Lippen führte.

Er machte sich frei und streichelte den Scheitel des Mädchens. „Dir gönn' ich's.“

Und Hiesl nickte dazu. Wohl, wohl!

Wieder fuhren sie schweigend eine Strecke.

Da rückte Burgerl nah und lehnte ihre Wange an die der Freundin. „Leni-Mutter,“ flüsterte sie.

Ein Schauer, unter dem sie zugleich aufseufzte und lächelte, befiel Magdalene, sie drückte das Kind an sich und küßte es. Und so in sich geschmiegt, wie verschüchtert und demütig, blieb sie sitzen, als säße all' das Glück, so groß es war, ihr zur Seite, und sie müsse sich klein, recht klein machen, daß es Platz fände.

Sachte fuhr der Wagen dahin, lautlos kreisten die Räder über der dichten Decke gefallener Nadeln, die zu Füßen der hohen Föhren lagen.

Als der Grasboden-Bauer abends in seine Stube trat, streckte er sich sofort breit und behaglich auf einen Stuhl; er gestand sich, daß er müde sei wie nie und sich wohl heute in seiner Frohmütigkeit ein wenig übernommen haben dürfte.

Und als er so dasaß, begann er an das zu denken, was er erlebt und erfahren hatte, und von dem zu träumen, was er nun erleben und erfahren würde. Und da tauchten plötzlich, nah', wie lebendig, die beiden braunen Augen vor ihm auf, in die er heute beim Abschiede so tief hineingeguckt; selbst wenn er die seinen schloß, blieben sie in ihrem heimeln den Blinken und herzlieben Geschau bestehen. Lächelnd schloß er öftere Male die Augen.

Ueber dem war es stockdunkel geworden, und Seferl, die Licht brachte, unterbrach ihn in diesem Spiel.

Er erhob sich vom Sitze und hatte nun das Madonnenbild an der Wand gegenüber gerade vor sich.

Die Madonna war braunäugig.

„Hat s' ein Oel?“ fragte der Bauer, indem er auf das Lämpchen hinwies, das an der unteren Leiste des Rahmens angebracht war.

„Wohl,“ sagte Seferl, „'s is von letzthin noch ein's d'rein.“

„Dann is 's schon recht.“

„Willst denn aufzünden?“

Er nickte kurz. „Gute Nacht!“

„Gute Nacht, Bauer,“ sagte die Alte, und die Treppe hinab murmelte sie: „Aufzünden will er, und 's is doch heut' nit Sunnabend und auch kein Frau'ntag?“

Er rieb ein Schwefelhölzchen an, das schien ihm aber doch zu unheilig für solchen Gebrauch, so griff er denn nach dem Wachsstocke auf seinem Nachtkästchen und entflammte damit den Docht des Lämpcheus, und als er es hinter dem roten Glase aufflackern sah, sagte er: „So!“ Warst ja auch so eine Rechte, eine Brave, Muttergottesin, du!“

21.

Früh am andern Morgen ging der Bauer mit Gesinde und Taglöhnern vom Hofe weg. Obwohl die Arbeiter sich in zwei Parteien schieden, deren jede es von einem anderen Ende des weitläufigen Grasboden angriff, so sah doch in der ersten halben Stunde jeder den Bauer mehrere Male; er hatte — wie die Leute meinten — „heut' wieder einmal das große Umschießen“. Später sah man ihn längs des Waldsaumes dahinstreifen, und bald darauf gar nicht mehr.

Hatte er es bei seinem Ab- und Zulaufen darauf abgesehen, die Leute bei Fleiß und Rührigkeit zu erhalten, so wirkte allerdings die Furcht, daß er mit einmal wieder mitten unter ihnen zur Stelle sein könnte, eine geraume Weile nach.

Er war, ein wenig zögernd, in den Wald getreten, dann eine gute Strecke unter den Bäumen dahingegangen, plötzlich besann er sich und kehrte zurück, hielt aber mitten auf dem Rückwege wieder inne und verfolgte nun gesenkten Kopfes und mit stark ausgreifenden Schritten den Pfad,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200706-15/fragment/page=0002

Gewalt Schuld an seinem und seiner Schicksalsgenossen materiellen und seelischen Elend ist — jener Aberglaube, den gewissenlose Führer der U. S. P. wie der K. P. D. in die Köpfe der Arbeiter gepflanzt haben und an dem die K. A. P. D. am fanatischsten festhält. Am Ende wird auch dieser ehrliche Idealist von irgend einem Lockspitzel ans Messer geliefert werden.

Schade um diese Menschen, die für eine große Wahrheit zu leben glauben und zugrunde gehen für einen Wahn!

Sozialdemokratische Redakteure unter französischen Kriegsgesetzen.

Der von den Franzosen am Dienstag verhaftete Redakteur Lindig von dem Wiesbadener sozialdemokr. Parteiorgan, der „Volksstimme“ ist „vorläufig“ wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Die Franzosen konnten offenbar mit bestem Willen kein Belastungsmaterial für ihn finden. Dagegen ist der hessische Landtagsabgeordnete Schildbach, der frühere Leiter der sozialdemokratischen Mainzer „Volksstimme“, der am Dienstag bei einem Besuch in Wiesbaden aus unbekannten Gründen verhaftet wurde, noch nicht wieder freigegeben worden.

Der Redakteur Kallenbach von der sozialdemokratischen „Freien Presse“ in Höchst am Main wurde von dem französischen Kriegsgericht in Mainz zu 16 Tagen Gefängnis und 15 000 Mk. Geldstrafe verurteilt, weil in dem Geschäftslokal dieser Zeitung das Witzblatt „Der wahre Jakob“ zum Verkauf ausgestellt war, welches ein Bild enthielt, an dem die Franzosen Anstoß nahmen.

Explosion in einer Versammlung.

Hagen, 5. Juli. Während einer starkbesuchten Versammlung, die der internationale Bund der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen heute abend in der hiesigen Tonhalle abhielt, um für Völkerfrieden und Völkerversöhnung zu demonstrieren, flog der in der Nähe des Rednerpultes aufgestellte große eiserne Ofen mit gewaltigem Getöse in die Luft. Die Decke wurde an verschiedenen Stellen durchschlagen, sämtliche Fensterscheiben sind zertrümmert und Stühle und Tische durcheinandergeworfen. Etwa 40 Personen wurden verletzt, darunter eine Anzahl lebensgefährlich. Die sofort vorgenommene polizeiliche Untersuchung ergab, daß im unteren Teile des großen eisernen Ofens neben dem Aschenkasten eine Anzahl Handgranaten-Sprengkapseln verborgen gewesen war. Man glaubt, daß die Entzündung durch eine in den Ofen geworfene Zigarre oder Zigarette entstanden ist.

Die Verfassungskämpfe in Gotha. In der Freitag-Sitzung der gothaischen Landesversammlung wurde einstimmig ein Dringlichkeitsantrag der Unabhängigen angenommen, den Reichspräsidenten zu ersuchen, sofort den Ausnahmezustand über Gotha aufzuheben. Die Demokraten und Rechtsparteien stimmten für den Antrag, da sich die Unabhängigen verpflichtet hatten, der Bildung einer parlamentarischen Regierung keinen Widerstand mehr entgegenzusetzen. Der Regierung wurden von den einzelnen Parteien folgende Nichtparlamentarier als Volksbeauftragte vorgeschlagen: Deutsche Volkspartei Dr. Schäffer, Syndikus des Arbeitgeberverbandes, Bauernbund Ortsvorsteher Heyn, von den Demokraten Oberbürgermeister a. D. Liebetraut-Gotha. Bei der Wahl gaben die Unabhängigen weiße Zettel ab. — Bekanntlich hatten die Unabhängigen nach dem Braunschweiger Vorbilde zunächst Obstruktion getrieben, um die Regierungsbildung zu vereiteln. Wie man sieht, haben sie jetzt gekuhhandelt und ihren Widerstand aufgegeben, um die Aufhebung des Belagerungszustandes zu erreichen.

Frauengesuch um Hebung der Sittlichkeit. Die Frauenverbände des Saargebietes haben an die Regierungskommission eine Eingabe gerichtet, darin sie zum Schutze und zur Förderung der Sittlichkeit eine Linderung der beispiellosen Wohnungsnot fordern. Die Regierungskommission möge zu diesem Zwecke auf eine möglichste Verminderung der im Saargebiet garnisonierenden Truppen hinwirken, damit Kasernen und andere zu militärischen Zwecken beschlagnahmte Gebäude zu Wohnungen umgebaut werden können. Daneben bitten die Frauenverbände um Erlaß eines Verbotes, den Jugendlichen beiderlei Geschlechtes den Besuch öffentlicher Tanzlustbarkeiten vor dem 16. Lebensjahre nicht zu gestatten.

Die Deutsch-Anonymen.

Von Heinrich Waentig.

In dem hiesigen Organ der Deutschnationalen Volkspartei erschien vor einigen Wochen unter der Spitzmarke „Der Volkswirtschaftler Waentig“ eine Notiz, die sich mit meiner Person beschäftigte. Es war darin, nicht etwa auf Grund eigener Wahrnehmung, sondern „nach einem Bericht der Hallischen Nachrichten“, — wie „leichtfertig“, nebenbei gesagt — Bezug genommen auf eine Aeußerung, die ich „angeblich gestützt auf statistisches Material“, über das Verhältnis von Unternehmergewinn und Arbeitslohn im Ruhrkohlenbergbau getan haben sollte.

Ich habe der Sache keinen Wert weiter beigelegt. Erst recht nicht, als ich erfuhr, daß es sich, das Dokumet liegt mir vor, um einen offenbar in zahlreichen Exemplaren vom „Deutschen Braunkohlen-Industrie-Verein, Verband der Braunkohlen-Industriellen Deutschlands (E. V.) Halle a. d. Saale“, also von einer ausgesprochenen Interessentenvertretung. versandten Erguß handelte, der im Original einen Stempel mit dem bezeichnenden Vermerk „Von einer Quellenangabe bitten wir abzusehen“ trug. Ich bin nämlich der Meinung. daß Leute, die gegen einen ihrer mit offenem Visier fechtenden Volksgenossen mit persönlichen Verdächtigungen in der Presse zu Felde ziehen, ohne sie mit ihrem Namen zu decken, zu jener Sorte politischer Buschklepper gehören, mit denen ein anständiger Mann, in den Augen anständiger Leute wenigstens, keine Ursache hat, sich auseinanderzusetzen. Mir selber, ich möchte ihnen das hier einmal schriftlich geben, tun jene Herrschaften nicht weh; so wenig wie ein bissiger Köter, der, seinem inneren Drange folgend, sich vor meiner Tür verewigt, oder die Ecke meiner Gartenmauer bewässert.

Erst seidem Herr Heinrich Löffler, Vorstandsmitglied des Reichskohlenverbandes und Mitglied des Reichskohlenrates, wie anzuerkennen ist, in durchaus sachlicher Weise zur Frage des Verhältnisses von Arbeitslohn und Unternehmergewinn im Ruhrkohlenbergbau Stellung genommen, liegt für mich eine Veranlassung vor, auf meine frühere Aeußerung zurückzukommen. Ich hatte, auf Grund welcher Quelle wird sogleich zu erörtern sein, behauptet, es habe sich das Verhältnis zwischen Arbeitslohn und Unternehmergewinn im Ruhrkohlenbergbau, das vor dem Kriege. ja wohl noch Ende des Jahres 1919, 5 : 1 betragen habe, auf 5 : 3 verschoben. Nach der Darstellung des Verbandes der Braunkohlenindustriellen, beträgt der Arbeitslohn heute „ebenfalls 55 bis 60 Prozent des Bruttowertes, während der Unternehmergewinn auf 1 Prozent gesunken ist.“ Der Leser der deutschnationalen Presse zerdrückt eine Zähre der Rührung im Auge und fühlt sich vielleicht versucht, eine Kollekte für die notleidende Ruhrkohlenindustrie einzuleiten. Ganz so schlimm scheinen die Dinge aber doch noch nicht zu liegen. Wenigstens nicht im rheinischen Braunkohlenbergbau. Denn wie ich in der Hallischen Morgenzeitung vom 4. Juli lese, beabsichtigt die Rheinische A.-G. für Braunkohlenbergbau und Brikettfabrikation in Köln für das Jahr 1919/20 nach 9 154 530 (5 114 494) Mk. Abschreibungen und Entrichtung von 26 032 277 Mk. Kohlensteuer einen Reingewinn von 20 204 500 (4 738 45) Mk., woraus 20 (12 ½!) Prozent Dividende auf 55 Millionen (im Vorjahre 35 Millionen!) Stammaktien und wieder 6 Prozent Dividende auf 24 Millionen (im Vorjahre 3 Millionen!) Vorzugsaktien zu verteilen.

Gewiß mag ein „Geheimrat und Professor, der weder eine Bilanz zu lesen, noch die einfachsten Vorgänge der Buchhaltung zu verfolgen versteht“, — woher wissen das die altklugen Herren übrigens? — gelegentlichen Täuschungen ausgesetzt sein. Denn er weiß, daß, wie sich ihm gegenüber ein wirklicher Fachkenner auf diesem Gebiete brieflich auszudrücken beliebte, die veröffentlichten Bilanzziffern „zur Verschleierung der hohen Gewinne meistens sehr stark verschönt sind“. Er weiß ferner, was jene verehrten Herren nach ihren statistischen Leistungen nicht zu wissen scheinen, daß man, um die Daten verschiedener Wirtschaftsperioden miteinander vergleichen zu können. sie sozusagen auf einen Nenner bringen muß. Es ist von mir niemals behauptet worden, daß der heutige Unternehmergewinn im Ruhrkohlenbergbau 24 Prozent „des Gesamterlöses für die Produkte“, d. h. vom Umsatz (einschl. Reichszuschüssen, Umsatzsteuern und Kohlensteuern), sondern nur, daß er 24 Prozent vom Preise. abzüglich des auf Zuschüsse und Steuern zu verrechnenden Anteiles, ausmacht. Abzüge, die gemacht werden müssen, um die heutigen mit den früheren Daten überhaupt vergleichen zu können, und die m. E. auch gemacht werden dürfen, weil der Unternehmer sich doch unmöglich seinen Gewinn auf Beträge verrechnen kann, hinsichtlich deren er lediglich als eine Art öffentlicher Steuereinnehmer fungiert.

Im übrigen habe ich bekanntlich, die Herren hätten nur zuhören brauchen. die von mir in jener Versammlung mitgeteilten Ziffern ausdrücklich als von Herrn Dr. R. Kuczynski errechnete und unter seinem vollen Namen in der von ihm herausgegebenen „Finanzpolitischen Korrespondenz“ veröffentlichte bezeichnet. Die Unterstellung, daß ich verpflichtet gewesen wäre, sie vor ihrer Verwendung erst persönlich nachzuprüfen, ist als geradezu albern entschieden zurückzuweisen. Wie denken sich die Herren denn eigentlich die Möglichkeit wissenschaftlicher Arbeit, wenn ein Volkswirtschaftler die durch einen Statistiker von internationalem Ruf, der gleichzeitig noch Mitglied der Sozialisierungskommission ist, errechneten Daten nicht auch ohne besondere Nachprüfung sollte benutzen dürfen? Welchen Sinn hätte unter solchen Umständen die wissenschaftliche Arbeitsteilung? Ja, wenn es sich um einen wissenschaftlichen Vortrag über den Kohlenbergbau gehandelt hätte! Tatsächlich aber stand damals in meiner Rede etwas ganz anderes in Frage, nämlich die gegenwärtige Preisgestaltung im allgemeinen und die in der politischen Agitation so oft verwendete Behauptung, daß jene letzten Endes auf die eingetretene Steigerung des Arbeitslohnes zurückzuführen sei. Dieser Einseitigkeit in der Beurteilung der Sachlage galt es entgegenzutreten, wie das übrigens, und zwar unter Angabe eines umfassenden Zahlenmaterials, längst auch in „bürgerlichen“ Blättern geschehen war.

„Die Industriellen“, heißt es in einem „Einkehr! Umkehr!“ überschriebenen Artikel des Handelsblattes der Frankfurter Zeitung vom 16. 4. d. J., „wähnen sich berechtigt, an der quantitativ stark verminderten Warenmenge viel mehr zu erübrigen, als früher am vollen Umsatz in den Zeiten, da Deutschland noch ein gesundes Land war. Ist es nötig, daß eine Strumpfwaren-Fabrik 45 Prozent Dividende ausschüttet (gegen früher 8 Prozent), wenn die Bevölkerung heute das Paar mit 18 Mk., die Unterjacken mit 100 Mark bezahlen muß, daß eine Hefe-, eine Porzellanfabrik, eine Spinnerei und Weberei, eine Putzmittel-, eine Zuckerfabrik, eine Kohlengesellschaft, eine Leder-, eine Schuhfabrik, kurzum sie alle im Bunde, nie erhörte Riesendividenden verteilen, wie man an jedem Tage aufs neue sehen kann; wenn der größte Teil der Abnehmerschaft nicht weiß, wie der häuslichen Verpowerung, dem Herabsinken auf tiefere Kultur- und Lebensstufen begegnen? Selbst Brot und Aufstrichmittel gehen erneut einer gewaltigen, staatlich approbierten Verteuerung entgegen. Wird der Müller, Bäcker, Landwirt mehr oder weniger verdienen? Die Antwort ist leider nicht zweifelhaft. Muß man dem Bauer aber immer neuen Vorwand geben, in Gestalt von Preiszuschlägen der Maschinen-, Geräte- und Düngerlieferanten? Die Dividenden- und Bonusziffern sagen nein.“ Nach einer mir vorliegenden Zeitungsnotiz schlägt die Sächsische Wollgarnfabrik. A.-G., vormals Tittel u. Krüger in Leipzig-Plagwitz. vor. wieder 10 Prozent Dividende zur Ausschüttung gelangen zu lassen und dazu eine Extravergütung von 50 Prozent zu gewähren!!

Sollte nun wirklich der Ruhrkohlenbergbau allein ein weißer Rabe sein? Möglich, daß die von Herrn Kuczynski für die ersten Monate des Jahres 1920 errechneten Ziffern noch einer Korrektur bedürfen. Das scheinen wenigstens die auch in der hiesigen Presse veröffentlichten Ausführungen Herrn Heinrich Löfflers naezulegen, Inwieweit, das bleibt selbst nach seinen Bemerkungen noch eine offene Frage, weil auch Herrn Kuczynskis Angaben über die „sonstigen Selbstkosten“ einer Nachprüfung bedürfen. „Um eine Tonne Absatz oder 165 Mk. Einnahme zu erzielen“, bemerkt Herr Löffler, „müssen zwei Schichten verfahren werden, wofür, nur gering gerechnet, 91,86 Mk. Lohnkosten entstehen, also 25,86 Mark mehr wie Herr Dr. Kuczynski anzugeben beliebte“. Unterdessen hat aber auch dieser wieder, und zwar in Abwehr eines vom Reichskohlenverband gegen ihn gerichteten Angriffes, zu jener Frage Stellung genommen. In Nr. 33 vom 18. 6. seiner „Finanzpolitischen Korrespondenz“ läßt er sich in der Sache folgendermaßen vernehmen:

„Der Reichskohlenverband bestreitet etwas, was ich nie behauptet habe. Er verwechselt Lohn für eine geförderte Tonne und Lohn für eine abgesetzte Tonne. Diese Verwechslung ist um so erstaunlicher, als die Frage, ob der Lohn pro geförderte Tonne oder pro abgesetzte Tonne berechnet werden soll, gerade in den letzten Monaten einen so breiten Raum in den Verhandlungen zwischen Reichskohlenverband und Reichswirtschaftsministerium und auch bei der Vermehrung der Zechenvertreter durch die Sozialisierungskommission eingenommen hat. Nun kann es für den wunschlosen Betrachter gar keinem Zweifel unterliegen, daß nur die Berechnung des Lohnes pro geförderte Tonne zu brauchbaren Ergebnissen führt, da es für die Lohnstatistik unerheblich ist, wie viel von der geförderten Kohle abgesetzt, wie viel von den Zechen selbst verbraucht, wie viel auf den Halden geblieben ist usw. Den gleichen Standpunkt hat die amtliche Statistik von jeher eingenommen, und bis vor kurzem haben auch die Zechenvertreter keinen anderen Maßstab als die geförderte Tonne anerkannt. Selbstverständlich ist es aber für das Verhältnis von Arbeitslohn und Unternehmergewinn gleichgültig. ob man die geförderte oder die abgesetzte Tonne zugrunde legt. Der Reichskohlenverband gehe daher nicht länger um den heißen Brei herum, sondern beantworte ehrlich die beiden folgenden Fragen:

1. Ist es wahr, daß der Arbeitslohn pro geförderte Tonne Ruhrkohlen im April/Mai 1920 etwa 66 Mk. betrug?

---

der tiefer in den Wald führte. Als er, um auszuschnaufen, still hielt, befand er sich auf freier, sandiger Heide, fern im Rücken die dunklen Föhren.

„'s wär' ein Unsinn,“ murmelte er. „Jetzt, wo ich so weit von Föhrndorf abkommen bin und so nah' nach Hinterwalden hab', müßt' mer mich frei auslachen, wenn ich umkehret.“

(Fortsetzung folgt.)

Kleines Feuilleton.

Professor Max Klinger gestorben.

Am Sonntag mittag ist plötzlich Geheimrat Professor Max Klinger einer Herzlähmung im Alter von 63 Jahren erlegen. Seit Mai befand er sich, wie alljährlich, auf seinem Sommersitze an der Unstrut in Großjena bei Naumburg. Sein Ableben erfolgte völlig unerwartet ohne vorhergegangene Krankheit.

*

In Max Klinger, dem Direktor des Museums der bildenden Künste in Leipzig, verliert die deutsche Kunst ihren Großmeister. Er hat uns unschätzbare Werke seiner Hand hinterlassen, als Maler und als Bildhauer. Sein Hauptwerk, das seinen Künstlerruf fast über die ganze Welt verbreitete, war die Statue des Meisters der Musik, Beethoven. — Nun ist auch er, wie jeder, den Weg alles Irdischen gegangen.

Spa in der Kulturgeschichte.

Die Zeiten ändern sich, und mit ihnen der Klang der Worte und Begriffe. „Die Reise nach Spa“, die heute kurz vor den folgenschweren Verhandlungen in dem einst so berühmten Badeorte bei uns sorgenvolle Spannung auslöst, war im 18. Jahrhundert der Gipfelpunkt eleganten Lebens und vornehmer Vergnügungen. Eine Reise nach Spa war das Ziel der Sehnsucht für jeden Hofkavalier, für jedes Landfräulein; in Spa traf sich alles, was zur großen Welt gehörte; von Spa aus wurden die Moden gemacht. Wo sind sie heute hin, die „Amusements de Spa“, die so weltberühmt und weltberüchtigt waren, wie das galante Klatschgeschichtenbuch des gleichen Titels, das viele Nachahmer erlebte und die „Spaer Vergnüglichkeiten“ zum Schlagwort erhob? Mit dem Verbot des Roulettespieles im Jahre 1872 verlor der Ort seine letzte Anziehungskraft, er geriet in Vergessenheit, bis die traurige Rolle, die er in den letzten Jahren spielte, als Sitz des Großen Hauptquartiers, als Stätte der Waffenstillstandsverhandlungen und nun als Schauplatz einer wichtigen Konferenz seinen Namen wieder in aller Mund brachte.

Die Heilkraft der Wasser von Spa war bereits den Römern bekannt; in der Nähe der berühmten Quelle des Pouhon hat man eine Münze mit dem Bilde des Kaisers Nerva gefunden. In Aufnahme kam der Ort aber erst, als die großen „Badefahrten“ des Mittelalters begannen. Obgleich erst 1327 die ersten Wohnungen um die Pouhon-Quelle errichtet wurden, war es doch schon im 13. Jahrhundert Sitte, daß junge Ehemänner ihre Frauen zum Brunnen nach Spa schickten. Sie mögen damals in rasch aufgerichteten Zelten ein mehr romantisches als bequemes Kur- und Lagerleben geführt haben. Im Laufe der Jahrhunderte werden dann die Wasser von Spa immer berühmter; man schrieb ihnen die fabelhaftesten Heilkräfte zu, und noch jenes 1745 in London erschienene Buch „Amusements de Spa“, das den bezeichnenden Untertitel „Die Galanterien von Spa in Deutschland“ führte, berichtete davon, daß durch den Genuß des Brunnenwassers seltsame und gefährliche Tiere aus den Nieren ausgeschieden werden, Tiere, die man als Schnecken, Insekten, Würmer usw. bezeichnete und die der Blick des modernen Arztes sofort als Harnleitergerinsel erkennt. Deshalb trieb man auch schon im 17. Jahrhundert einen schwunghaften Ausfuhrhandel mit dem Sauerbrunnen von Spa, der in London und Rom ebensogut wie in Paris und Frankfurt getrunken wurde. Seinen vornehmen Klang erhielt Spa im 16. Jahrhundert, in dem es viel von Fürstlichkeiten und hohen Herren besucht wurde. Ein Leibarzt Heinrichs VIII., ein Venezianer und eine spanische Dame waren angeblich die ersten fremden Kurgäste. 1575 waren Luis de Gonzaga, der Herzog von Nevers, und 1589 Alexander Farnese, Herzog von Parma, zur Kur da. Bald danach weilten Karl I. von England und Heinrich III. von Frankreich in Spa, und rasch verkündeten mehrere Bücher den Glanz und die Kraft des Heilortes. Im 19. Jahrhundert gilt Spa neben Pyrmont und Schwalbach für den wirksamsten Sauerbrunnen, und es überstrahlt die beiden andern Kurorte durch die Pracht seines gesellschaftlichen Lebens. In den Stürmen der Revolution verliert dies Hauptbad des Rokoko seinen Ruf, erlangt ihn aber im 19. Jahrhundert als Spielbad wieder und sinkt erst nach 1870 vom Luxusmodebad zum gewöhnlichen Heilkurort herab.

Was erlebten nun die Herrschaften des 18. Jahrhunderts bei einer Reise nach Spa? Für die, die die Kur gebrauchten, war der Tag streng eingeteilt. Schon um 4 Uhr erschienen die ersten Kurgäste in Schlafkleidern beim Brunnen, tranken unermeßliche Mengen Wasser, wandelten zur Verdauung umher und brachten die Zeit bis um 9 Uhr hin, wo man sich zur „großen Promenade“ ankleidete. Dann schritten die Damen und Herren, die Frauen in großer Toilette, die Männer in Gala, die Offiziere in voller Uniform auf der „Allee“ würdevoll spazieren, und um 12 Uhr vereinigte sich alles zur „öffentlichen Tafel“, die den Glanzpunkt des gesellschaftlichen Lebens darstellte. Um 4 Uhr war schon wieder Treffpunkt der Lebewelt im Garten der Kapuziner oder auf der „4-Uhr-Wiese“, um 7 Uhr auf der „7-Uhr-Wiese“. Der Abend war dem Spiel und dem Tanz gewidmet. Die meisten Gäste nahmen aber die Kur sehr leicht; sie tranken weder Wasser, noch badeten sie, und die Reise nach Spa hatte für sie allein den Zweck, möglichst abwechslungsreichen Vergnügungen nachzujagen, Liebesabenteuer einzugehen, zu spielen und Bekanntschaften zu machen. Hier wurden die Fäden geknüpft für jenen engen Zusammenhang der vornehmen Gesellschaft, den wir im 18. Jahrhundert finden; hier traf die Fürstin mit der galanten Abenteuerin zusammen, und den großen Hochstaplern vom Schlage eines Saint Germain, Casanova und Cagliostro gelang es, an die hohen Herren heranzukommen. Die Damen suchten hier durch neue Moden aufzufallen und trugen voll Stolz genau vorgeschriebene „Badeuniformen von Spa“, mit denen sie dann im Winter den Damen, die den vornehmen Kurort nicht besuchen konnten, imponierten. „Casanova in Spa“ — so heißt eins der jüngsten Werke Schnitzlers, und in der Erscheinung des berühmten Don Juan, der 1767 hier im Hasard und in der Liebe sein Glück erprobte, sind die „Amusements de Spa“ am deutlichsten verkörpert: Das Gold rollt auf den Spieltischen, die Degen klirren im eleganten Duell, die Reiseröcke rauschen, Wein und Frauenaugen leuchten durch die Nacht und geistvolle Witzworte entschweben in einer leichten Wolke von Gelächter, wie Perlen im schäumenden Champagnerglase . . .

Städtische Kammerspiele in Bad Wittekind. Am Freitag, den 9. Juli, abends 7½ Uhr, findet die Eröffnung der städtischen Kammerspiele in Bad Wittekind statt. Zur Aufführung kommt Goethes Prolog, Halle, den 6. August 1811, gesprochen von Helene Achterberg, hierauf „Stella“ ein Schauspiel für Liebende von Goethe. Karten zu dieser Vorstellung sind bereits an der Kasse des Stadttheaters zu haben.

Stadttheater. Heute, Dienstag, abends 6 Uhr, geben Wagners „Meistersinger von Nürnberg“ in Szene. Mittwoch, abends 7½ Uhr, wird das fröhliche Spiel „Als ich noch im Flügelkleide“ wiederholt. Donnerstag „Emilia Galotti“ von Lessing. Freitag „Die Afrikanerin“. Sonnabend gelangt die Operette „Hoheit tanzt Walzer“ zur Aufführung. Sonntag, nachmittags 3 Uhr, Vorstellung bei kleinsten Preisen „Die spanische Fliege“, abends 6 Uhr, „Die Meistersinger von Nürnberg“.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200706-15/fragment/page=0003

2. Ist es wahr, daß sich Arbeitslohn und Unternehmergewinn im Ruhrkohlenbergbau im April/Mai 1920 wie 5 : 3 verhielten?"

Als „einen kleinen Erfolg der Agitation gegen die hohen Kohlenpreise", fügt er in seinem Briefe an mich selbst hinzu, könne man schon buchen, „daß die Unternehmer seit dem 1. Juni 3 Mk. pro Schicht Lohnerhöhung zahlen aber auf die 10 Mk. Preiserhöhung, die sie zunächst als Entgelt gefordert hatten, verzichtet haben."

Ich habe Herrn Dr. Kuczinsky gebeten, mich auf dem Laufenden zu erhalten. Im übrigen wird es die Aufgabe des Reichskohlenverbandes sein, wie auch Herr Löffler betont, „diese Angelegenheit durchsichtig zu machen"; gewiß nicht diejenige der Interessenten. Ueberhaupt, meine Herren, wozu der Lärm? Die Höhe des Kapitalprofits im Ruhrkohlenbergbau ist doch wirklich keine „völkische" Frage! Oder doch am Ende? Jedenfalls lehne ich es höflichst ab, mir in Sachen der „Wahrhaftigkeit" gute Lehren von Leuten geben zu lassen, die völlig außerhalb der Sphäre wissenschaftlicher Betätigung, nämlich im politischen Kampfe, getane Aeußerungen rein sachlichen Inhalts mit persönlichen Verdächtigungen erwidere, ohne auch nur den Mut zu besitzen sie mit ihrem Namen zu decken. Die Schuld an der „politischen Brunnenvergiftung", über die Sie sich beklagen, und damit auch an der Verpöbelung unseres öffentlichen Lebens, liegt in den Augen aller rechtlich Denkenden durchaus auf Ihrer Seite.

Gewerkschaftliches.

Betriebsrätezeitung

des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Von der angekündigten Betriebsräte-Zeitung des A. D. G.-B. ist jetzt die erste Nummer erschienen. Sie führt sich durch ihre Ausstattung und durch ihren Inhalt bestens ein. Wenn die folgenden Nummern das halten, was die erste ahnen läßt, so wird diese Zeitung wie keine andere die Betriebsräte zur Erfüllung ihrer Aufgaben fertig machen.

Am Kopf der Zeitung fesselt uns das forschende Auge des nach Erkenntnis Durstenden. Aus dem reichen Inhalt heben wir nur das Bedeutendste neben dem Artikel „Zur Einführung" hervor. Da sind zunächst „Die Richtlinien für die Zusammenfassung der Betriebsräte." Da findet man einen instruktiven Artikel über „Betriebsräte und Arbeitsrecht." Da ist „Die deutsche Reichsbank" in ihrer Organisation und in ihrer Tätigkeit geschildert. Da findet man unter „Die wirtschaftliche Lage" den Stand der deutschen Währung, Valuta und Lebensmittelpreise. Da findet man umfangreiche Beiträge zur Betriebswissenschaft" und zur „Weltwirtschaft".

Die Zeitung ist durch jede Postanstalt zu beziehen und kostet vierteljährlich 3 Mark.

Wirtschaftliches.

Unveränderte Kohlenpreise. Der Reichskohlenverband hat beschlossen, die Preislage für Kohlen im Monat Juli im wesentlichen unverändert zu lassen. Für das Ruhrkohlengebiet ergeben sich überhaupt keine, für die übrigen Kohlenreviere nur ganz unwesentliche Veränderungen. Die Unternehmer tragen von der im vorigen Monat den Bergarbeitern bewilligten Zulage von 7.50 M. pro Kopf und Schicht 3 M., während das Reich 4,50 M. in Form von Lebensmittelbons übernimmt.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Streik in Ostpreußen.

* **Königsberg,** 5. Juli. Nachdem der ostpreußische Arbeitgeberverband den von der Arbeiterschaft angenommenen Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses, der der Arbeiterschaft einen Teuerungszuschlag von 40 bis 70 Pfg. je Stunde zu den geltenden Tarifsätzen zusprach, abgelehnt hat, haben wie die „Volkszeitung" berichtet, die heute vormittag versammelten Vertrauensmänner aller unter den Schiedsspruch fallenden Gewerkschaften beschlossen, von Dienstag früh ab in den Streik zu einzutreten. Die übrigen Verbände beschlossen den Sympathiestreik nach der Kampfeslage.

Der irische Freiheitskampf.

Amsterdam, 5. Juli. Wie „Algemeen Handelsblad" aus London meldet, hat am Freitag abend das irische republikanische Parlament eine Sitzung abgehalten, an der etwa 60 Mitglieder teilnahmen. Das Parlament erließ ein Dekret, durch das zur Einrichtung republikanischer Gerichtshöfe die Ermächtigung erteilt wird. Eine „nationale Anleihe" in Höhe von 250 000 Pfund ist mit 50 000 Pfund überzeichnet worden.

Niederlage der türkischen Nationalisten.

Amsterdam, 5. Juli. Die „Times" meldet aus Kleinasien, daß die Griechen nach einem heftigen Gefecht Edremed besetzt haben. Bei Bahlu Kessar wurden 1200 Türken gefangen genommen. Einige griechische Transportschiffe mit 12 000 griechischen Truppen an Bord sind durch die Dardanellen in Richtung auf das Marmarameer gefahren

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Paul Täumel; für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig, beide in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. b. m. H. zu Halle. Gr. Ulrichstr. 27.

Amtliche Bekanntmachungen für Halle a. d. S.

Bekanntmachung.

Gemäß § 5 des Regulativs zur Ordnung des Geschäftsganges und des Verfahrens bei den Kreis- bezw. Stadtausschüssen vom 28. Februar 1884 wird hierdurch zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß der Stadtausschuß in der Zeit

vom 21. Juli bis 2. September d. Js.

Ferien hält.

Während dieser Zeit dürfen Termine zur mündlichen Verhandlung in der Regel nur in schleunigen Sachen abgehalten werden.

Auf den Lauf der gesetzlichen Fristen bleiben die Ferien ohne Einfluß.

Halle, den 3. Juli 1920.

Der Stadtausschuß des Stadtkreises Halle.

Lebensmittel-Kalender.

Städtischer Verkauf von kond. Milch, Trockenei und Reis in der Talamtschule am Mittwoch, den 7. Juli. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 18 001 bis 22 500 vormittags von 8 bis 12 Uhr und die Inhaber der Nummern 22 501 bis 27,500 nachmittags von 2 bis 6 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines können an jede Person eines Haushaltes 1 Büchse kond. Milch zum Preise von 4 Mk., 50 Gramm Trockenei zum Preise von 4 Mk. und ein halbes Pfund Reis zum Preise von 3 Mk. für das halbe Pfund abgegeben werden. Haushalte mit gelb umränderten Lebensmittelscheinen erhalten das halbe Pfund Reis zum Preise von 2,50 Mk. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Städtischer Verkauf von Käse in der Talamtschule am Mittwoch, den 7. Juli. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 70 001 bis 74 000 vormittags von 8 bis 12 Uhr und die Inhaber der Nummern 74 001 bis 76 500 nachmittags von 2 bis 6 Uhr. Es können an jede Person eines Haushaltes 70 Gramm zum Preise von 60 Pfg. abgegeben werden. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Der Verkauf von Quark erfolgt am Mittwoch, den 7. Juli auf den Abschnitt 44 für die eingetragenen Kunden bei den Milchhändlern Bergholz, Weißenburg Str. 12, Brockhaus, Ludwigstr. 26, Hinsche, Gr. Gosenstr. 21 und in der Verkaufsstelle der Niemberger Molkerei, Beesener Str. 1; an letzterer Stelle nur von 8 bis 12 Uhr. Auf jeden Abschnitt wird ½ Pfund Quark zum Preise von 1,28 Mk. abgegeben. Die abgetrennten Abschnitte sind bis Freitag, den 9. Juli, abzuliefern.

Halle, den 6. Juli 1920. **Der Magistrat.**

Weißenfels

Krammarkt.

Vom **13. bis 15. Juli** ds. Js. findet Krammarkt statt.

Weißenfels, den 30. Juni 1920.

Die Polizei-Verwaltung.

Schulferien.

Die **diesjährigen Sommerferien** an der **Bürgerschule,** den **vier Volksschulen** und der **Hilfsschule** finden vom 10. Juli bis 9. August d. Js. statt.

Schluß des Unterrichts: Freitag, den 9. Juli 1920.

Wiederbeginn des Unterrichts: Dienstag, den 10. August d. Js.

Am 9. Juli ist der Unterricht völlig durchzuhalten.

Der Unterricht der **gewerblichen Fortbildungsschule** wird Freitag, den 9. Juli 1920, abends 9 Uhr, geschlossen und Dienstag, den 10. August, wieder begonnen.

Weißenfels, den 1. Juli 1920.

Der Magistrat.

Pfennigsparkasse der Stadt Weißenfels.

In den Monaten April bis Juni sind an die einzelnen Verkaufsstellen 700 Marken der Pfennigsparkasse im Gesamtwerte von 70,— Mk. abgegeben, während bei der Sparkasse in derselben Zeit 1250 Marken im Gesamtbetrage von 125 Mk. eingegangen und belegt sind.

Indem wir dies hiermit veröffentlichen empfehlen wir die fernere Benutzung der Pfennigsparkasse angelegentlichst.

Zehnpfennigsparmarken sind zu haben bei den Firmen: Bechthold—Herrmannsgarten, Böhme—Marienstraße, Hoske—Tagewerbenerstraße, Lehmstedt—Gr. Burgstraße, Petzold—Leipzigerstraße, Siptitz—Hohestraße, Schumann—Gr. Burgstraße 2, Wiegand—Saalstraße 4.

Weißenfels, den 1. Juli 1920.

Der Sparkassenvorstand.

Bei Störungen u. Stockungen der Blutzirkulation gebrauchen Sie sofort stets die seit vielen Jahren erprobten echten **Menstruationstropfen**

„Frebar", extrastark.

Erhöhte, beschleunigte Wirksamkeit durch Doppelkapseln extrastark in Verbindung mit Frebar-Pulver oder Frebar-Tee. Erhältlich in allen größeren Apotheken, Drogerien und einschlägigen Geschäften. Hauptdepots: **Adler-Apotheke,** Geiststr. 15; **Sanitas-Depot,** Leipzigerstr. 11; **E. Kertzscher,** Leipzigerstr. (Ecke Poststraße); **C. Klappenbach,** Gr. Ulrichstr. 41. M. Waitsgott Nachf., Gr. Ulrichstraße 30. Albert Schumann, Steinweg 46/47. **Fritz Speer,** Große Ulrichstraße 63.

Generalvertrieb: 33

PHARMACOPIA, Berlin C. 19, Wallstraße 26.

Stellen finden

Händler, der Jahrmärkte besucht u. **Hausierer** für gangbare Artikel der Genußmittelbranche usw. sofort **gesucht.** Offerten unter V. St. 30 an die Exped. dieses Blattes.

Kesselschmiede, Schlosser werden in unserer Abteilung Kesselschmiede für dauernde Beschäftigung sofort eingestellt.

Bühring Akt.-Ges. Landsberg (Bz. Halle).

Stenotypistin

Für das Büro einer hiesig. freien Gewerkschaft wird zum **sofortigen Antritt** eine in Büroarbeit (Maschinenschreiben) perfekte junge Kraft gesucht. Anfängerin ausgeschlossen.

Bewerbungen mit den nötigen Unterlagen, sind sofort an die Exped. d. Ztg., Gr. Ulrichstr. 27 unter Bürokraft V. St. 33 einzusenden.

Aufruf!

Am 27. Mai dieses Jahres in den Mittagsstunden ist das freundliche Gebirgsstädtchen Mansfeld von einem verheerenden Unwetter heimgesucht worden. Innerhalb 20 Minuten schwollen die beiden kleinen Bäche, welche die Stadt durchfließen, zu riesigen Strömen an, rissen Brücken und Schutzmauern ein und zerstörten mit furchtbarer Gewalt 25 Häuser im Innern vollständig, etwa 70 andere in geringerem Umfange; sie verwüsteten unzählige Gärten und große blühende Obstplantagen und vernichteten oder begruben unter ungeheuren Schlammassen das Hab und Gut bis zum letzten Hausrat von 400 Familien und kleinen Gewerbetreibenden. Ein großer Teil dieser Unglücklichen ist obdachlos, jeder Habe beraubt, ohne Wäsche, Kleidung, Nahrungsmittel.

Das Elend ist groß und Hilfe dringend geboten!

Wenn auch die Behörden alles aufbieten, Hilfsquellen von Seiten des Staates und öffentlicher Verbände zu erschließen, werden diese doch nicht im entferntesten ausreichen der furchtbaren Not zu steuern. Wir wenden uns daher vertrauensvoll an den bewährten Opfersinn aller Angehörigen unserer Provinz ohne Unterschied der Partei um Gaben aller Art, besonders Wäsche, Kleidung, Schuhwerk, Hausrat und Küchengerät jedweder Art, Nahrungsmittel und Seife, vor allem aber auch mit der Bitte um Geld.

Jede, auch die kleinste Gabe findet dankbare Herzen.

Wir bitten, Geldspenden an die Regierungshauptkassen, die Kreiskassen oder die Kommunalkassen, deren freundliche Vermittelung wir nachgesucht haben, gelangen zu lassen. Spenden von Gegenständen, Nahrungsmitteln usw. bitten wir unmittelbar an den Kreis-Ausschuß des Mansfelder Gebirgskreises zu richten.

Der Hilfsausschuß:

Hörsing, Ober-Präsident, Vorsitzender.

Beims, Oberbürgermeister, Vorsitzender des Provinzialausschusses. **Dr. Bormann,** Landrat des Mansfelder Gebirgskreises. **Cludius,** Oberlandesgerichtsrat, Präsident des Provinziallandtages.

Delius, M. d. R., Bezirksvorsitzender der demokratischen Partei. Geheimrat Prof. Dr. **Denker,** Rektor der Universität Halle-Wittenberg. **Drescher,** Bezirksleiter der sozialdemokratischen Partei.

D. v. Gersdorff, Regierungs-Präsident. **Heddergott,** Dechant, Päpstlicher Geheimkämmerer. Professor Dr. **Hein,** Bezirksvorsitzender d. Deutschen Volkspartei.

Dr. v. Keudell, Oberregierungsrat. **Klein,** Generalstaatsanwalt. **Dr. Meyer,** Geh. Oberregierungsrat. **Pohlmann,** Regier.-Präsident.

Reuter, Präsident des Oberlandesgerichts, Wirkl. Geh. Oberjustizrat. **Schede,** Geh. Regierungsrat, Generaldirektor d. Städte-Feuer-Societät. **Schlimbach,** Bürgermeister zu Mansfeld.

D. Dr. Schöttler, Generalsuperintendent. **Dr. Steckner,** Geh. Kommerzienrat, Präsident der Handelskammer Halle. **v. Trotha,** Generallandschaftsdirektor, Bezirksvorsitzender d. deutschnationalen Volkspartei.

Wesche, Ökonomierat, Präsident der Landwirtschaftskammer. **Frhr. v. Wilmowski,** Wirkl. Geh. Rat, Landeshauptmann. **Winckler,** Generaldirektor der Landfeuersocietät.

Spenden aller Art nehmen zur Weiterbeförderung entgegen die Geschäftsstelle der Volksstimme, Gr. Ulrichstraße 27.

Bei Einkäufen

bitten wir unsere Parteigenossen und Leser sich stets auf die Inserate in der „Volksstimme" zu beziehen.

Kinderwagen-Ausverkauf wegen Geschäftsaufgabe. Reisegeld wird bis zu 10 Mk. bei Kauf vergütet. **E. Obst jun., Bitterfeld,** Innere Zörbigerstr. 4.

Stadt-Theater

Mittwoch, den 7. Juli 20, Anf. 7½, Ed. 10½ Uhr: **Als ich noch im Flügelkleide.**

Donnerstag: **Emilia Galotti.**

Solbad Fürstental Robert Franzstr. 10.

Apollo-Theater. Anf. 8 Uhr.

Nur noch 3 Aufführungen! **„Grigri".** Operette von F. Lincke.

Freitag zum 1. Male: Der **dumme August.**

Vorverk. 9—1 u. 5—½7.

Bad Wittekind.

Mittwoch, den 7. Juli, abends 8 Uhr:

Brunnenfest

Großes Doppelkonzert

ausgeführt vom **Philharmonischen Orchester** und von der Kapelle des **Reichswehr-Landesjäger-Regiments Nr. 32** unter der Leitung der Obermusikmeister **Karl Steuer** und **Willi Büchner.**

Bei gutem Wetter um 9½ Uhr:

Prachtfeuerwerk

ausgeführt von der Pyrotechn. Kunstanstalt G. H. Pfeiffer.

Eintrittspreise:

Erwachsene 2 Mk., Kinder 1,50 Mk.

Dauerkarten haben keine Gültigkeit.

!!Chesterfield!!

für Wirte und Wiederverkäufer **Mille 500 Mark.**

Abgabe in kleineren und größeren Posten. Andere engl. Zigaretten von 390 Mark an.

Poststr. 6 Karl Gimpel, Großhandlung.

Dauerhafte **Geldscheintaschen** in pa. Leder und jeder Ausführung!!

H. Krasemann nur Schmeerstraße 19.

Rote gute **Gummiringe** Adler Rex Weck alle Größen vorrätig.

Sobel, Steinweg 45. Gr. Ulrichstr. 9. Reilstr. 1. Ammendorf Bahnhofstr. Cöthen, Schalaunischestr.

Ia Strumpfgarne versendet auch an Private. Proben frei, die Wollgroßhandlung **Julius Werner. Freiburg i. Brsg. 47** [z

Schluss der Anzeigen-Annahme 9 Uhr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200706-15/fragment/page=0004

Partei-Angelegenheiten.

Achtung 16. Distrikt! Am Donnerstag, den 8. Juli, abends 8 Uhr geselliges Beisammensein in unserem Distriktslokal, Yorckstr. 9. Zahlreiches Erscheinen aller Genossen und Genossinnen, sowie der Frauen der Genossen erwartet

Der Distriktsführer.

Oberbürgermeister und Stadtparlament.

Die gestrige Sitzung der Stadtverordneten gestaltete sich zu einem für die Stadtgeschichte bedeutungsvollen Tage. Da das eingereichte Rücktrittsgesuch des Oberbürgermeisters auf Wunsch der Fraktionen von der Nichtöffentlichen, auf die öffentliche Tagesordnung gesetzt wurde, verwandelte sich das vorgesehene unscheinbare Verhandlungsprogramm mit seinen neun verhältnismäßig unwesentlichen Punkten zu einer kolossalen Bedeutung für die Beschlüsse der Stadtverordneten. Trotzdem bisher im Stadthaus die Gelegenheit besonders gegeben war, eine Debatte zu eröffnen, die infolge scharfer Herauskehrung der parteipolitischen Ansichten, die starke Kritik gegen die fast gleich so starke Rechte des Hauses in den „Fall Rive" leidenschaftlich auseinanderplatzen zu lassen, zeigte sich in der Verhandlung eine geradezu vorbildliche Sachlichkeit der einzelnen Parteiredner. Aus ihr war zu ersehen, daß sich besonders die das Rücktrittsgesuch befürwortenden Vertreter in den sozialistischen Fraktionen des Ernstes ihres Schrittes vollkommen bewußt waren. Wenn sie dann trotzdem für das Rücktrittsgesuch stimmten, so nahmen sie am Verwaltungskörper der Stadt eine sehr schmerzliche, jedoch für die Weiterfunktion des sich auf gegenseitigen unbedingten Vertrauen aufbauenden demokratischen Verwaltungsapparates lebensnotwendige Operation vor. In vierjähriger Tätigkeit hat Dr. Rive für Halle auf verwaltungstechnischem Gebiete Hervorragendes geleistet. Trotzdem jeder einzelne Staatsbürger, also selbstverständlich auch jeder einzelne Beamte das Recht der freien Meinungsäußerung besitzt, ergab sich aus der politischen Stellungnahme Dr. Rives der jetzt so weit klaffende, nicht wieder zu verschließende Riß zwischen dem Oberbürgermeister und der größeren Hälfte der hallischen stimmberechtigten Bevölkerung. Der für das deutsche Volk so unheilvolle Kapp-Putsch hat auch in diesem Falle die Verhältnisse auf die Spitze getrieben. Das Vertrauen, das zwischen dem ersten Beamten der Stadt und den Vertretern der Bevölkerung bestehen muß, wurde nicht erschüttert durch die Angehörigkeit Dr. Rives zu irgendeiner Partei, sondern durch die Auswirkung seiner politischen Aktivität. Erst die Kollision der aktiven Parteipolitik des Beamten Rive mit der Anschauung des überwiegenden Teiles der hallischen Bevölkerung erschütterte das gute Einvernehmen und in der Folgezeit dann auch das unbedingt notwendige Vertrauen zwischen beiden Faktoren. Der in der vorigen Sitzung eingebrachte Antrag unserer Genossen, der dem Oberbürgermeister einen Weg bauen wollte, auf dem er sich von dem toten Punkte fortbewegen konnte, welchen er infolge seiner „Denunziantenkomitee-Rede" auf dem Provinziallandtage erreicht hatte, wurde durch das politisch nicht sehr kluge Verhalten Doktor Rives illusorisch gemacht. Unsere, unbedingt für einen sich auf gegenseitiges Vertrauen aufbauenden Geist in der demokratisch geführten Stadtverwaltung eintretende Fraktion, ließ daher ihre, im Stadtparlament den Ausschlag gebende, Entscheidung in diesem Sinne fallen und hofft damit, daß sie diese, von großer Bedeutung getragene, Entscheidung im Sinne des Großteiles der hallischen Bevölkerung getroffen hat.

So hat der hallische Fall Rive ein Miniaturbild der gesamten unleidlichen Lage in unserem Vaterlande wiedergegeben. Volksgenossen, die auf Grund ihrer Bejahung, ihres Könnens und Wissens der Gesamtheit als geschlossenen Reigen überragende Verdienste geben konnten, weichen sich aus und arbeiten aneinander vorbei. Erst wenn der demokratische Gedanke so fest in der höheren Beamtenschaft verwurzelt ist, daß er allen reaktionären Stürmen Trotz bieten kann, wird sich die auf gegenseitiges Vertrauen aufbauende Tätigkeit aller Volksgenossen zum Segen der Gesamtheit auswirken.

*

Sitzungsbericht.

Der Vorsitzende Hennig eröffnete die Sitzung und gab einige Gesuche und Anträge bekannt. Die Angestellten des städt. Stadttheater-Orchesters bitten, die ihnen bereits in einer vorangegangenen Sitzung gewährten Zuschüsse sobald wie möglich auszuzahlen. Das Gesuch wurde dem Haushaltsausschuß überwiesen. Der für die nichtöffentliche Tagesordnung vorgesehene Punkt 10 der Tagesordnung (Rücktrittsgesuch des Oberbürgermeisters) wurde auf Wunsch aller Fraktionen auf die öffentliche Tagesordnung gesetzt und sofort verhandelt.

Der Vorsitzende gab sodann

das Rücktrittsgesuch des Oberbürgermeisters

zur Kenntnis. Es hat folgenden Wortlaut:

Halle, den 29. Juni 1920.

Der Stadtverordnetenversammlung unterbreite ich den Antrag, meinem Rücktritt von dem Amte des Oberbürgermeisters zuzustimmen und über die Bedingungen mit mir in Verhandlungen zu treten.

Die Stadtverordnetenversammlung hat folgende Beschlüsse gefaßt:

1. im April 1920:
   einen Ausschuß zur Untersuchung der gegen mich erhobenen Beschuldigung einer Beteiligung am Kapp-Putsch einzusetzen, obwohl der Versammlung bekannt war, daß ich wegen dieser Beschuldigung das Disziplinarverfahren gegen mich beantragt hatte, und daß dieses Verfahren bereits eingeleitet worden war;
2. am 21. Juni 1920:
   den Antrag auf Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen mich zu stellen, obwohl der Versammlung bekannt war, daß das von mir beantragte Disziplinarverfahren bereits durchgeführt und am 12. Juni 1920 eingeleitet worden war;
3. am 28. Juni 1920:
   die Erwartung auszusprechen, daß ich die von der Versammlung behauptete Aeußerung im Provinziallandtage vor Uebernahme des Amtes zurücknehme, obwohl der Versammlung bekannt war, daß ich das Amt schon einige Tage vorher wieder übernommen hatte, und daß die Uebernahme nicht durch das Verlangen der Versammlung rechtlich bedingt werden konnte. Eine Meinungsäußerung über meine Rückkehr selbst ist in dem Beschlusse nicht zum Ausdruck gekommen. Diese sämtlich gegen meine Amtstätigkeit gerichteten Beschlüsse veranlassen mich zu obigem Gesuche. Sie zeigen, daß mir in der Stadtverordnetenversammlung die erforderliche Grundlage für das weitere Wirken als Oberbürgermeister fehlt, obgleich meine Amtsverwaltung von keiner Seite bemängelt worden ist.

Bei dem Herrn Regierungspräsidenten habe ich meine sofortige Beurlaubung erbeten.

ges.: Rive, Oberbürgermeister.

Anläßlich des von unserer Fraktion in der letzten Sitzung gestellten und darauf einstimmig angenommenen Antrages, wonach Dr. Rive, die dem Untersuchungsausschuß der Stadtverordnetensitzung gegebene Bezeichnung „Denunziantenkomitee" zurücknehmen solle, sandte er der Sitzung folgende Erklärung zu:

Halle, 29. Juni 1920.

Der Stadtverordnetenversammlung erkläre ich auf den Beschluß vom gestrigen Tage folgendes:

Der Wortlaut meiner Aeußerung im Provinziallandtage hat der Versammlung in authentischer Form offenbar nicht vorgelegen. Sie wendet sich nicht gegen die Stadtverordnetenversammlung, sondern spricht über den von der unabhängigen Fraktion vertretenen „Gedanken", einen Untersuchungsausschuß einzusetzen und das von diesem gegen den Oberbürgermeister gesammelte Material der zuständigen Stelle zugänglich zu machen. Tatsächlich hat der Vorsitzende der Unabhängigen Fraktion und des Untersuchungsausschusses, Herr Osterburg, das Material am 30. April 1920 dem Herrn Regierungspräsidenten persönlich überreicht, während der Ausschuß in der Sache selbst eine Feststellung des Prüfungsergebnisses nicht bewirkt hat.

Hiermit dürfte aufgeklärt sein, daß die tatsächlichen Voraussetzungen des gestrigen Beschlusses nicht der Annahme der Versammlung entsprechen.

Ich benutze indessen die Gelegenheit, ausdrücklich hervorheben zu können, daß meine Worte nicht bezweckten, die Achtung gegenüber der Stadtverordnetenversammlung zu verletzen.

ges.: Rive, Oberbürgermeister.

Weiter gab der Vorsitzende Hennig eine Eingabe des Verbandes der Kommunalbeamten, Ortsgruppe Halle, bekannt. In der Eingabe wird die Versammlung mit Rücksicht auf die verwaltungstechnische Tüchtigkeit des Oberbürgermeisters ersucht, dem Rücktrittsgesuch nicht zuzustimmen.

Im Namen der unabhängigen Fraktion erklärte Stv. Hildebrandt, daß er dem Rücktrittsgesuch zustimmen müsse. Er verlas eine längere Erklärung, in der besonders auf die prinzipielle Kluft zwischen der Weltanschauung des Oberbürgermeisters und dem Großteil der hallischen Bevölkerung hingewiesen wurde.

Der Sprecher der demokratischen Fraktion, Stv. Herzfeld, stellte sich auf einen entgegengesetzten Standpunkt und war der Ansicht, daß Dr. Rive ohne Rücksicht auf sein politisches Bekenntnis auch weiterhin als Oberbürgermeister der Stadt wirken könnte. Er schlug eine Resolution zur Annahme vor, nach der die Stadtverordnetenversammlung den Wunsch aussprechen sollte, daß der Oberbürgermeister sein Rücktrittsgesuch fallen lassen soll.

Stv. Steinbrück (S. N.) schloß sich diesen Ausführungen an und unterstützte die genannte Resolution.

Für die sozialdemokratische Fraktion gab der Gen. Müller folgende Erklärung ab:

Voraussetzung für ein gedeihliches Zusammenarbeiten mit Herrn Dr. Rive war für uns die Zurücknahme der seinerseits im Provinziallandtag von sich gegebenen, die gesamte Stadtverordnetensitzung beleidigenden Aeußerungen. Das ist in der vorliegenden Erklärung nicht geschehen. Aus diesem Verhalten des Oberbürgermeisters ergibt sich, daß das notwendige gegenseitige Vertrauen nicht wieder hergestellt werden kann. Wir stimmen deshalb dem Rücktrittsgesuch zu.

Gen. Müller führte dazu u. a. folgendes aus:

Wenn wir hier unsere Entscheidung treffen, so sind wir uns der Tragweite unserer Entschlüsse vollkommen bewußt. Wir müssen uns dieser Tragweite schon deshalb bewußt sein, weil wir die entscheidende Stimme in diesem Parlament abzugeben haben. Zu unserer Stellungnahme treibt uns nicht blindes persönlicher Haß, sondern wir tragen den sich hier ganz besonders zuspitzenden Verhältnissen Rechnung. Die Antwort Dr. Rives auf den von uns in der vorigen Sitzung eingebrachten, einstimmig von der Versammlung angenommenen Antrag, nachdem derselbe die Beschimpfung „Denunziantenkomitee" mit Bedauern zurücknehmen sollte, hat das bestehende, sich aus prinzipiellen und sachlichen Gegensätzen zusammensetzende unleidliche Verhältnis zwischen dem Oberbürgermeister und dem, andere Anschauungen hegenden Großteil der Bevölkerung schlagblitzartig beleuchtet. Mit einer klaren, unzweideutigen Erklärung Dr. Rives auf unseren Antrag wäre die Brücke geschlagen worden, auf der das gegenseitige Verständnis wieder aufgebaut werden konnte. Durch sein jetztes Auftreten — das Rücktrittsgesuch und die völlig ungenügende Erklärung — hat der Oberbürgermeister jedoch den von uns gewählten Steg des Vertrauens zerschlagen und wir müssen das von ihm geforderte Rücktrittsgesuch bewilligen. Diese unsere Stellungnahme wurde bedingt durch die Behandlung der Frage von Seiten des Oberbürgermeisters.

Stadtrat Tepelmann ersuchte die Versammlung im Namen des Magistrats, dem Rücktrittsgesuch nicht zuzustimmen, da die Stadt infolge des drückenden Mangels verwaltungstechnischer Kräfte, den Verlust des ausgezeichneten Verwaltungsbeamten Dr. Rive als sehr schmerzlich empfinden müßte. Seine Worte richteten sich vornehmlich an die ausschlaggebenden Vertreter in der mehrheitssozialistischen Fraktion.

In namentlicher Abstimmung wurde dann das Rücktrittsgesuch des Oberbürgermeisters mit 33 sozialistischen gegen 30 bürgerliche Stimmen angenommen.

Der Vorsteher Hennig widmete hierauf dem scheidenden ersten Verwaltungsbeamten unserer Stadt einen warmen Nachruf für seine bisher in 14jähriger Tätigkeit geleisteten Dienste. Es müsse immer wieder hervorgehoben werden, daß mit Dr. Rive ein Mann von außerordentlichem Können und tiefgründiger verwaltungstechnischer Erfahrung von uns scheide.

Mit 33 gegen 30 Stimmen wurde weiter beschlossen, die freigewordene Stelle weiter auszuschreiben.

Es wurde sodann zur Abwicklung der eigentlichen Tagesordnung geschritten.

Zur Instandsetzung der Dampfleitungen zur Heizungsanlage im Verwaltungsgebäude des Gertraudenfriedhofes wurden 3250,28 Mark bewilligt. Berichterstatter: Gen. Dürrfeld und Stv. Knauthe.

Da die im Zuge der Herrenstraße gelegene „Schwarze Brücke" infolge ihres hohen Alters an vielen Stellen schadhaft geworden ist, macht sich eine Instandsetzung einzelner Teile dringend notwendig. Zwecks Weiterführung eines ungefährdeten Fuhrwerksverkehrs kann eine Ausbesserung nicht weiter hinausgeschoben werden. Die Versammlung bewilligte die zur Ausführung der Arbeit notwendigen Mittel in Höhe von 50 000 Mark. Berichterstatter: Gen. Volbracht und Stv. Brömme.

In Uebereinstimmung mit dem Magistrat wurde beschlossen, der Arbeiter-Samariter-Kolonne in Halle einen einmaligen Zuschuß von 1000 Mark zu gewähren.

Ein einmaliger Zuschuß von zusammen 1500 Mark für 1920 wurde den Vereinen „Gesundheitspflege" und „Naturheilverein Halle-Nord" zur Instandsetzung und zum Betrieb von Licht- und Luftbädern zugebilligt. Berichterstatter: Stv. Busse.

Auf Antrag des Haushaltsausschusses wurde beschlossen, diese Licht- und Luftbäder nach Ablauf der Pachtperiode in städtische Regie zu übernehmen. Bis zu dieser Zeit müssen die Eintrittspreise im Einvernehmen mit dem Magistrat festgesetzt werden.

Erhöhung der Strompreise des Elektrizitätswerks.

Die wirtschaftliche Lage der Stadt erfordert eine nochmalige außerordentliche Erhöhung der Strompreise. Es wurde beschlossen, den Preis für den Kraftstrom von 94 auf 116 Pfg., für Lichtstrom (Gebührentarif) von 200 auf 260 Pfg., für Lichtstrom (Wohnungen) von 160 auf 215 Pfg. je Kilowattstunde zu erhöhen. Für Juli soll dann noch zu diesem Preise ein Zuschlag von 55 Pfg. für die Kilowattstunde Kraftstrom und 35 Pfennig für Lichtstrom treten, so daß also die Kilowattstunde Kraftstrom 171 Pfg., Lichtstrom 295 bezw. 250 Pfg. kosten würde.

Halle folgt damit dem Beispiel vieler anderer Städte, die ebenfalls dazu übergegangen sind, den Kraftstrom stärker zu belasten. Auch das Kuratorium des Elektrizitätswerks hat sich in seiner letzten Sitzung für eine derartige Regelung ausgesprochen.

Unter Zugrundelegung dieser Zahlen ergibt sich eine Mehreinnahme von 2 595 250 Mk. Da jedoch zur Balancierung des Etats 2 670 000 Mk. nötig sind, verbleibt noch ein ungedeckter Betrag von 74 750 Mk.

Nachdem für Pauschalanlagen und selbsttätige Treppenbeleuchtungen bisher noch kein Sonderzuschlag erhoben worden ist, sollen dieselben ebenfalls mit herangezogen werden. Vom 1. Juli ab wird sich die Jahresgebühr für eine Lampe oder ein Lampenpaar von 39,60 Mk. auf 57,60 Mk. erhöhen und für selbsttätige Treppenbeleuchtungen von 33,40 Mark auf 51,40 Mark. Vom gleichen Tage ab soll außerdem ein Sonderzuschlag von jährlich 24 Mk. für Pauschalanlagen und jährlich 12 Mk. für selbsttätige Treppenbeleuchtungen erhoben werden. Mit Hilfe dieses Zuschlages läßt sich eine Mehreinnahme von 32 800 Mk. für den Etat des Elektrizitätswerkes erringen.

Die Jahresgebühr für eine Pauschallampe würde sich damit auf 81,60 Mk. erhöhen, die für eine Lampe in Treppenbeleuchtungsanlagen auf 63,40 Mk. Die Zuschläge sollen mit der für den Monat Juli 1920 maßgebenden Zählerablesung in Kraft treten. Berichterstatter: Stv. Brintmann.

Die Fraktion der U. S. P. beantragte, Karten mit Zweischnittenberechtigung pro Tag für die Woche zum Preise von 4,20 Mk. mit einmaliger Umsteigeberechtigung zur Ausgabe zu bringen.

Der Antrag wurde dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiesen.

Im Anschluß hieran brachte Gen. Dürrfeld folgenden Antrag ein:

Der Magistrat wird ersucht, für die städtische Straßenbahn Tagesfahrkarten zu einem entsprechenden Preise auszugeben, die einen Anreiz zum Fahren geben und mit der Berechtigung, die Straßenbahn auf allen Linien einen vollen Tag zu benutzen.

Der Antrag wurde auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt.

Auf einen Antrag unserer Genossen hin, wurde beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, den hiesigen Abfuhrinstituten weiter nicht mehr zu gestatten, ihre Wagen innerhalb der Stadt zu entleeren.

Zur Begründung dieses Antrages führte Gen. Wilke u. a. aus, daß die Anwohner in den betr. Gegenden die Fenster stundenlang verschlossen halten müssen, um den bei den Entleerungen sich ausbreitenden, verpestenden Gerüchen ausweichen zu können. Die Kinder in der Talamtschule haben ebenfalls sehr unter dieser Verpestung zu leiden gehabt, denn die Gerüche seien sehr oft sogar durch die verschlossenen Fenster gedrungen.

Von den Elternbeiräten der hiesigen städtischen Schulen, lief ein Gesuch vor, geeignete Maßnahmen für eine normale Beschulung im kommenden Winter zu treffen.

Das Gesuch wurde dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiesen.

Gen. Wilke trug hierauf die aufgestellten Bedingungen für die Wiederbesetzung der freigewordenen Stadtratsstelle für den fortgegangenen Stadtrat Wurm vor.

Auf Antrag des Gen. Volbracht wurde beschlossen, auch Technikern die Möglichkeit zu geben, sich an der Bewerbung um diese Stelle zu beteiligen.

Stv. Hildebrandt trug zum Schluß noch die Resolution einer im Volkspark stattgefundenen Protestversammlung gegen die hohen Lebensmittel- und Obstpreise vor. Der Magistrat wird um dringende Hilfe ersucht.

Schluß der Sitzung 1/48 Uhr.

Obstpreise und städtische Preisprüfungsstelle.

Die städtische Preisprüfungsstelle schreibt uns:

Zur Beruhigung der bei der Einwohnerschaft von Halle bestehenden Erregung über die hohen Preise für Obst und Gemüse, besonders für Kirschen, wird auf Grund einer Besprechung, die heute mit den beteiligten Kreisen stattgefunden hat, mitgeteilt, daß die Preisprüfungsstelle sowohl wie die Polizeiverwaltung von jeher in Zusammenarbeit bemüht waren, und jetzt unter Hinzuziehung der Obstgroßhändler in verstärktem Maße bestrebt sind, einer Ueberteuerung der Verbraucher mit allen ihnen gesetzlich zustehenden Mitteln entgegenzuarbeiten und eine ständige Kontrolle der Ein- und Verkaufspreise ausüben.

Die Schwierigkeiten, welche die Natur des eigenartigen Geschäftes dabei entgegensetzt, z. B. Feststellung der Einkaufspreise bei den Kleinhändlern, sind keine geringen, und es ist namentlich zu bedenken, daß der Einkaufspreis für Kirschen beim Erzeuger sich unter 1 bis 1,30 M. der Pfund infolge der hohen Bachgebühren nicht stellen läßt, und daß ein weiteres Herabdrücken die Gefahr des Abwanderns nach anderen Gebieten in sich schließen würde.

Der Gewinn des Kleinhändlers soll nicht über 25 Prozent betragen.

Der Festsetzung von Höchst- oder Richtpreisen muß mit Rücksicht auf die große Verschiedenheit der Sorten abgesehen werden.

Ausbau des Reichsfunknetzes.

Zur Ergänzung des vorhandenen Drahttelegraphennetzes und zum Ersatz in besonderen Fällen, wie bei Massenstörungen der Drahtleitungen durch Unwetter, durch gewaltsame Beschädi-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200706-15/fragment/page=0005

gungen usw. Ist das Reichspostministerium seit über einem Jahr damit beschäftigt, ein über das ganze Reich ausgedehntes Reichsfunknetz zu schaffen. Nach dem augenblicklichen Stande gehören hierzu die zum Senden und Empfangen eingerichteten Funkstellen Berlin, Breslau, Darmstadt, Dortmund, Frankfurt (Main), Friedrichshafen, Homburg, Hannover, Königsberg (Pr.), Königswusterhausen, Konstanz, Leipzig, Stettin, ferner auch Danzig. Außerdem sind die ersten von den vorgesehenen zahlreichen Funkempfangsstellen jetzt in Braunschweig, Breslau, Chemnitz, Cottbus, Darmstadt, Dortmund, Dresden, Düsseldorf, Duisburg, Elberfeld, Essen, Frankfurt (Main), Halberstadt, Hamburg, Hannover, Königsberg (Pr.), Konstanz, Leipzig, Liegnitz, Magdeburg, Rostock, Stettin und Stuttgart in Betrieb gesetzt. Das Reichsfunknetz ist in stetem Ausbau begriffen. Auch Bayern und Württemberg werden jetzt durch Anlagen mit Sende- und Empfangsapparaten in München und Stuttgart an das Netz angeschlossen werden. Die Arbeiten zur Einrichtung der Funkstelle in Stuttgart sind bereits soweit gediehen, daß schon bald mit deren Inbetriebnahme zu rechnen ist; München wird einige Wochen später folgen. Die soeben fertig gestellte Funkstelle in Düsseldorf wird in einigen Tagen in Betrieb genommen werden können.

Auch in dem zur Zeit von der Entente besetzten Gebiet sind Funkstellen vorgesehen. Die interalliierten Behörden haben aber vorläufig ihre Zustimmung zur Errichtung derartiger Anlagen im besetzten Gebiet versagt.

Kriegsbeschädigte und Unfallrenten.

Mitteilungen bei der Beratung des Gesetzes über die Beschäftigung Schwerbeschädigter zufolge, wurden Ende 1919 1 353 000 Kriegsbeschädigte gezählt. Davon waren erwerbsbeschränkt um 10—33⅓ Proz. = 827 000, um 33⅓—50 Proz. = 258 000 und um 50 Proz. und mehr 268 000. Nach dem Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamts bezogen im Jahre 1919 968 735 Personen Entschädigungen (Renten) auf Grund der Unfallversicherung und zwar 713 323 Verletzte, 109 359 Witwen oder Witwer Getöteter, 104 948 Kinder und Enkel Getöteter, 6125 Verwandte aufsteigender Linie, daneben noch 21 816 Angehörige von in Heilanstalten untergebrachten Verletzten die gesetzliche Unterstützung. Die Zahl der Unfallverletzten mit einer Erwerbsbeschränkung von 33⅓ bis 50 Proz. beträgt rund 60 000 und von 50 Proz. und mehr rund 100 000.

Holzarbeiterverband, Halle.
Branchen-Versammlungen.

Modell- und Fabriktischler: Dienstag, 6. Juli, abends 7½ Uhr, in der „Erholung", Martinsberg 6.

Stellmacher- und Fahrzeugtischler: Mittwoch, den 7. Juli, nachmittags ½5 Uhr, in der „Erholung", Martinsberg 6.

Maschinen- und Sägereiarbeiter: Donnerstag, den 8. Juli, abends 7½ Uhr, in der „Erholung", Martinsberg 6.

Bürsten- und Pinselarbeiter: Freitag, den 9. Juli, abends ½5 Uhr, in der „Erholung", Martinsberg 6.

Sitzung der gesamten Verbandsfunktionäre und Betriebsräte: Freitag, den 9. Juli, abends 7 Uhr, im „Konzerthaus", Karlstraße 14.

Große allgemeine Mitglieder-Versammlung: Dienstag, den 13. Juli, abends 7 Uhr, im „Volkspark", Burgstraße 27.

Deutscher Bauarbeiterverband. Bezirksverein Halle.

Mitgliederversammlung: Mittwoch, den 7. Juli, nachmittags 5 Uhr, im „Volkspark" (Restaurationssaal), Burgstraße 27.

* **Das Fahrpersonal der städt. Straßenbahn beschäftigte sich** in einer am Donnerstag, den 1. Juli stattgefundenen Versammlung mit der neuen Tarifregelung und stimmte den getroffenen Vereinbarungen einstimmig zu. Die Entlassungen des Fahrpersonals sind durch Beschluß des Stadtverordnetenkollegiums bis zum 30. Juni durchgeführt. Die vorgenommenen Betriebseinschränkungen wurden nicht in allen Punkten gutgeheißen. Schon jetzt müsse ein Teil des Fahrpersonals Ueberstunden leisten, während ein erheblicher Teil arbeitslos und mittelos auf der Straße liegt. Würde die alte Linienführung wieder eingeführt, so könne mit Sicherheit auf eine bessere Benutzung der Bahn gerechnet werden. Die Einführung des Teilstreckensystems sei unter der augenblicklichen Depression aller Verkehrsunternehmen eine absolute Notwendigkeit. Es gewinne fast den Anschein, als ob unter allen Umständen bewiesen werden soll, daß sich die Straßenbahn nur rentiert, wenn sich das Personal mit möglichst langer Arbeitszeit und geringem Lohn bescheiden würde. — Um die Notlage unter dem entlassenen und noch nicht untergebrachten Fahrpersonal nicht ins Ungemessene wachsen zu lassen, wurde ein Antrag der Verbandsleitung angenommen, der besagt, daß bei der Direktion und dem Demobilmachungsausschuß die Rationierung der Arbeitszeit beantragt werden soll, damit vor allen Dingen den entlassenen verheirateten Kollegen eine Existenz solange gesichert bleibt, bis das Arbeitsamt oder der Entlassene selbst eine Stellung gefunden hat. Das technische Personal wird ersucht, den Fahrdienst solange zu verweigern, wie arbeitslose Kollegen vorhanden sind. Der Magistrat soll an sein Versprechen erinnert werden, wonach vor Einstellung von Arbeitskräften in andere städtische Betriebe auf die Entlassenen zurückgegriffen wird. Bei Neueinstellungen, nach dieser Betriebseinschränkung, sind in erster Linie die entlassenen Personen zu berücksichtigen, und zwar in der Reihenfolge der abgeleisteten Dienstzeit; die am längsten beschäftigt Gewesenen werden zuerst eingestellt. — Mit diesem Entschluß hat das Personal auf einen Teil seines, für den Eigenbedarf, so notwendigen Lohnes verzichtet, nur um die arbeitslosen Kollegen nicht der schlimmsten Not preiszugeben. Vom Demobilmachungsausschuß wird erwartet, daß auch er die Vorschläge die zur größeren Rentabilität vom Betriebsrat und Verbandsleitung gemacht werden, gewissenhaft prüft, damit eine Betriebserweiterung und bessere Rentabilität erzielt wird.

* **Gedenkfeier des Gendarmerie-Vereins.** Am 30. Juni fand in Halle eine Gedenkfeier des hundertjährigen Bestehens der Preußischen Landgendarmerie statt. Fast alle Ehrenmitglieder, der größte Teil der Gendarmerie-Beamten der Provinz und zahlreiche Vertreter der oberen und Kreisbehörden waren erschienen. Rechnungsrat Wiegand vom Ministerium des Innern hielt einen eingehenden Vortrag über die Entwicklung der Preußischen Landgendarmerie, die im Jahre 1820 gegründet wurde und von 1920 ab in die Landjägerei umgewandelt worden ist. Regierungsrat Kurzig als Vertreter des Oberpräsidenten der Provinz Sachsen feierte die berufliche Treue der Gendarmerie-Beamten, Diensteifer, stete Dienstbereitschaft und Treue des Gendarmen. Der Beruf des Gendarmen sei ein ganz schwieriger, liege ihm doch die Ausübung der Staatsautorität und Ueberwachung der bestehenden Gesetze ob. Die Kriminal-, Sicherheits- und Verkehrspolizei usw., sowie die Bekämpfung des Schleichhandels seien wichtige Teile seines schweren Berufes. Der 1. Vorsitzende des Gendarmerie-Vereins der Provinz Sachsen, Oberwachtmeister Kobbe, Merseburg, gelobte „Uneigennützige Dienstfreudigkeit, selbstloses, unparteiisches Eintreten für die Gesamtheit und unwandelbare Treue der Verfassung".

Selbstmord. Ein hier wohnhafter Schlosserlehrling erhängte sich in der Wohnung seiner Eltern aus Liebesgram.

Wem gehört die Gerüstleiter? Am 1. Juli ist in einem Gartengrundstück eine etwa 10 Meter lange 16-sprossige Gerüstleiter herrenlos aufgefunden worden. Die Leiter ist mit Farbe beschmutzt und trägt die wiederholt eingebrannten Buchstaben H. B. Der Eigentümer wird gebeten, sich alsbald bei der Kriminalpolizei, Dreyhauptstraße 4, Zimmer 38, zur Besichtigung der Leiter einzufinden.

* **Das Schulmuseum, Neue Promenade 13, ist in dieser Woche noch am Mittwoch und Freitag nachmittag von 4—6 Uhr geöffnet. Der Besuch ist jedermann unentgeltlich gestattet. Während der Sommerferien bleibt das Museum geschlossen.**

Volkswirtschaftliche Fachgruppe der deutschen Studentenschaft. Am 21. und 22. Juli findet in Göttingen der erste Vertretertag der „Volkswirtschaftlichen Fachgruppe der deutschen Studentenschaft", deren Vorort an der Universität Halle ist, statt. Auf der Tagesordnung steht neben Organisationsfragen das heute weite Kreise interessierende Problem der Reform des volkswirtschaftlichen Hochschulunterrichtes. Zu dieser Tagung sind neben den größeren volkswirtschaftlichen Berufsverbänden auch die Hochschullehrer geladen, sodaß zum erstenmal eine Kundgebung des gesamten Faches zu erwarten ist.

Provinz und Umgegend.

Die Verhandlungen im mitteldeutschen Braunkohlen-Bergbau.

Die Verhandlung über eine Aenderung der Lohntafel des am 17. 4. 20 zwischen Arbeitgebern und Arbeiterverbänden abgeschlossenen Tarifvertrages, die am 3. 7. 20 in Halle unter Vorsitz des Referenten im Reichsarbeitsministerium Dr. Tiburtius stattfanden, haben zu folgenden Ergebnis geführt:

1. Die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ersuchen die Regierung um Anordnung, daß mit Wirkung vom 1. 6. 20 die zur Senkung der Nahrungsmittelpreise abzuführenden Beträge in Höhe von 2 Mk. bezw. 70 Pfg. je Tonne Brikett bezw. Rohkohle (Beschluß des R. K. V. vom 30. 12. 1919) ausschließlich für Beschaffung von Nahrungsmitteln zu Gunsten der am Tarif beteiligten Arbeiter verwandt werden sollen. Die Aufwendung der Beträge würde dazu führen, jedem Arbeiter wöchentlich 1 Pfund Fett kostenfrei zu liefern.

2. **Das Kindergeld wird mit Wirkung ab 1. 6. 20 um 100 Proz. erhöht.**

3. **Das Hausstandsgeld wird mit Wirkung ab 1. 6. 1920 um 50 Proz. erhöht.**

Für die Randreviere im Sinne der Lohntafel des Tarifvertrages vom 17. 4. 20 soll diese Erhöhung unter der Bedingung gelten, daß die Regierung auf Abführung der in Ziffer 1 erwähnten Beträge aus diesen Revieren verzichtet, ohne daß dadurch die Belegschaft dieser Reviere eine Benachteiligung in der Lebensmittelversorgung erwächst.

4. Die Nachzahlung der zu Ziffer 2 und 3 vereinbarten Erhöhungen soll spätestens bis zum 20. Juli erfolgen.

Da sich beide Verhandlungsgruppen, Arbeitnehmer, sowohl wie Arbeitgeber, schon von vornherein auf den Standpunkt gestellt hatten, daß in der Folgezeit keine weiteren Kohlenpreiserhöhungen stattfinden sollen, gestalteten sich die angeknüpften Verhandlungen etwas schwierig und haben sich längere Zeit hingezogen. Erst nach dem Eingreifen des Regierungsvertreters wurde es den Arbeitnehmerorganisationen möglich, die obengenannten Zugeständnisse aus den jetzt noch bestehenden Ueberschüssen der einzelnen Werke herauszuholen. Angesichts dessen, können Arbeitnehmer wie Verbraucherkreise mit dem Ergebnis der Verhandlungen zufrieden sein.

Der verhaßte Achtstundentag.

Folgende Notiz lief dieser Tage durch einen Teil der bürgerlichen Provinzpresse:

„Der in Hannover tagende Eisenbahnrat der Bezirke Hannover und Münster faßte nach einem Vortrag des Eisenbahndirektionspräsidenten Wesener einstimmig folgende Entschließung: Eine Gesundung des Eisenbahnwesens und der deutschen Volkswirtschaft ist von der fortgesetzten Erhöhung der Tarife nicht zu erwarten. Die Wurzel des Uebels liegt in der allgemeinen Einführung des Achtstundentages, der ohne internationale Regelung für Deutschland vollständig untunlich erscheint."

Die Arbeiterschaft hat ein Recht, zu fragen, wer ist der Bezirkseisenbahnrat Hannover-Münster? Er setzt sich zusammen aus: 16 Vertretern der Handelskammern und Vorstehern der Kaufmannschaften, 18 Vertretern der Industriellen Verbände, unter anderen Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, Norddeutscher Verein für Holzhandel und Holzindustrie, Verband deutscher Leinenindustrieller Bielefeld, Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands in Berlin, Verband rheinisch-westfälischer Baumwollspinner in Duisburg, Vereinigung des Fischgroßhandels und der Fischindustrie in Geestemünde, Verein der Spiritusfabrikanten in Berlin, außerdem aus 19 Vertretern von Landwirtschaftskammern der Provinzen Hannover, Westfalen, Sachsen Brandenburg, Rheinprovinz und des Regierungsbezirks Cassel, ferner der Vereinigung der Waldbesitzer Mitteldeutschlands in Frankfurt, Verein zur Förderung der Moorkultur im deutschen Reiche in Berlin und der Deutsche Seefischereiverein in Berlin.

Also kaum ist durch die Kurzsichtigkeit eines Teils der Arbeiterschaft die Regierung in die Hände der bürgerlichen Parteien gespielt, schon regen sich wieder alle einflußreichen Gebilde vom Großagrarier bis zum Schwerindustriellen, vom Handelskammersyndikus bis zum Eisenbahnpräsidenten, um den Achtstundentag, um dessen Einführung zwei Menschenalter von der organisierten Arbeiterschaft gekämpft wurde, zunichte zu machen.

n. **Weißenfels,** 4. Juli. (Kreistag.) Als wesentlichster Punkt der Beratungen war eine Resolution Eichner zu bezeichnen, die wesentliche Herabsetzung der Fleisch- und Kartoffelpreise fordert mit einem Zusatzantrag von Tellemann-Krug, der als geeignetstes Mittel dazu die Aufhebung der Zwangswirtschaft für diese Artikel bezeichnet. — An eine Kommission verwiesen wurde der neue Gehaltstarif für die Kreisbamten.

Weißenfels. Abstimmung in Ost- und Westpreußen. Der Magistrat veröffentlicht folgenden Aufruf: Um möglichst allen hiesigen stimmberechtigten Ost- und Westpreußen die Möglichkeit zu geben, von ihrem Abstimmungsrecht Gebrauch machen zu können, bitten wir, den in Frage kommenden Personen, soweit wie eben möglich, Urlaub zu erteilen. Die Zeit der Abstimmung ist von der Entente auf Sonntag, den 11. Juli d. J., festgesetzt. Den Abstimmungsberechtigten und deren Familien, soweit letztere bei der Abstimmung in Frage kommen, wird freie Eisenbahnfahrt 3. Klasse, sowie freie Verpflegung und erforderlichenfalls Unterkunft an den Sammelstellen sowie im Abstimmungsgebiet zugesichert. Die Beförderung erfolgt in Sonderzügen. Grundsätzlich werden nur Fahrkarten oder Gutscheine für Benutzung der 3. Klasse ausgegeben. Bei Arbeitern ist erwünscht, die Lohnbezüge während der Urlaubszeit weiter zu gewähren, da dies dem „Deutschen Schutzverband für Grenz- und Auslandsdeutsche" bei den ihn zur Verfügung stehenden geringen Mitteln, die zum größten Teil durch öffentliche Wohltätigkeit aufgebracht werden müssen, eine große Erleichterung wäre. Zur Auskunftserteilung ist der Leiter der Arbeitsgemeinschaft für die Abstimmungsberechtigten, Herr Buchdruckerei-Korrektor Schönebaum, hier, Novalisstraße 9, gern bereit.

Naumburg. Das Urteil im Landfriedensbruchprozeß. Die Verhandlungen des Naumburger Schwurgerichts über den Landfriedensbruch in Zeitz haben mit dem 28. Verhandlungstage ihr Ende gefunden. Wegen schweren Landfriedensbruch haben die Hauptangeklagten 9 und 15 Jahre Zuchthaus erhalten. Im ganzen wurden gegen 40 Arbeiter 132 Jahre und 2 Monate Freiheitsstrafen verhängt. Auch hier hat die Klassenjustiz sich wieder in ihrer ganzen Brutalität gezeigt.

Staßfurt. Altertumsfunde. An dem Löderberger Tore, ungefähr 5 Kilometer von Staßfurt entfernt, ist auf dem westlichen Ufer eines früheren Armes der Bode durch den Gymnasiallehrer Becker-Staßfurt eine keramische Siedlung aus dem 4. bis 3. Jahrtausend v. Chr. festgestellt worden. Es wurden besonders Scherben von Gefäßen mit Band-Verzierungen, kleine Feuersteinmesserchen und 1 Kernstein aufgefunden.

Güsten. Ein Zuckerdiebstahl aufgeklärt. Im Verlaufe der Untersuchungen über die Eisenbahndiebstähle in Güsten gelang es der Magdeburger Kriminalpolizei, einen großen Zuckerdiebstahl aufzuklären. Im Februar war ein Waggon Zucker eingegangen. Ein Zugführer Hebestreit riß den Klebezettel ab, stellte den Wagen beiseite und ließ ihn, unterstützt von einem Rangierer und einem Lademeister, später weiter nach Zeitz abrollen als Umzugsgut, um dort den Zucker zu verkaufen. Der Fiskus erlitt einen Schaden von 65 000 M. Der Täter verdiente 230 000 Mark. Die Täter sind verhaftet.

Aken. Streik der Schiffbauer. Wegen Nichterfüllung der gestellten Lohnforderungen sind die Arbeiter auf den hiesigen Schiffswerften in den Ausstand getreten.

Gerstungen. Tragischer Tod. Beim Baden in einem Teiche bei Großensee geriet ein Knabe, der des Schwimmens unkundig war, in Gefahr, zu ertrinken. Der Lehrer Schulz aus Großensee, der auch im Teiche badete, versuchte den Knaben zu retten. Plötzlich scheinen ihm aber die Kräfte versagt zu haben, denn er versank in der Tiefe und ertrank, ebenso der Knabe. Lehrer Schulz war erst vor einiger Zeit aus dem Kriege zurückgekehrt und hatte sich kürzlich nach Ablegung der staatlichen Anstellungsprüfung verheiratet.

Rudolstadt. Schweres Explosionsunglück. Nachdem erst vor einigen Tagen in der schwarzburgischen Landesindustrie durch unvorsichtiges Hantieren mit einer Sprengkapsel eine Explosion erfolgte, durch die ein Arbeiter schwer verletzt wurde, ereignete sich Donnerstag nachmittag 2 Uhr ein weiteres schweres Explosionsunglück. Es explodierte, vermutlich wieder infolge Fahrlässigkeit, ein Granatzünder, wobei die 18 Jahre alte Frieda Gaudes aus Volkstedt buchstäblich in Stücke gerissen wurde. Außerdem wurden zwei Frauen schwer und drei jugendliche Arbeiter leicht verletzt. Sachschaden ist durch die Explosion nicht verursacht worden. Die Detonation war in der ganzen Stadt und in den Nachbarortschaften zu hören.

Weimar. Mißlungener Waffenschmuggel. Eine gefährliche Schiebung hatten kürzlich einige hiesige Personen versucht. Drei Maschinengewehre sollten über Jena für den Preis von 25 000 Mark an die polnische Armee verkauft werden. Die Sicherheitsbehörden, die von dem Vorhaben Kenntnis erhalten hatten, benachrichtigen die Polizei in Jena, die ihrerseits die Maschinengewehrverkäufer in Empfang nahm und so das einträgliche Geschäft zu Wasser machte.

Aus aller Welt.

Ein Schreibfehler, der zehn Menschen den Tod brachte.

Ende Mai ging die Nachricht durch die gesamte Presse von einem entsetzlichen Unglück während der Vorlesung über allgemeine und anorganische Experimentalchemie im Hörsaal des Chemischen Instituts der Universität Münster. Zehn hoffnungsvolle Menschenleben wurden vernichtet. Bei einem Vorlesungsversuch, der die Verbrennungserscheinungen mit gebundenem Sauerstoff zeigen sollte, explodierte der dabei benutzte Brenner. Jetzt hat sich nun nach langem Forschen die Ursache herausgestellt. Das Vorlesungsjournal war neu geschrieben worden, und bei diesem Experiment mit dem Brenner hatte sich in die Angaben ein Fehler eingeschlichen, der trotz sorgfältiger Nachprüfung — wie Professor Schenck berichtet — der Aufmerksamkeit der Revisoren entgangen ist. Anstatt 67,5 ccm Tetranitromethan und 7,5 ccm Tolual heißt es dort 67,5 g Tetranitromethan und 7,5 g Toluol. Die Kubikzentimeter waren also mit Gramm verwechselt worden. Die Toluolmenge hatte sich im Gewicht genau verdoppelt, und das sollte leider die schwersten Folgen haben. Diese kohlenwasserstoffreichere Mischung brennt zwar auch für gewöhnlich ruhig ab, aber mit etwas größerer Geschwindigkeit und noch höherer Temperatur als die vorschriftsmäßige. Durch lokale Ueberhitzung, hineinfallende glühende Metallteilchen kann die ruhige Verbrennung in die explosive übergehen.

So hat ein Schreibfehler das entsetzliche Unglück verschuldet, das in der Geschichte der Universitätsinstitute kaum eine Analogie findet.

Der Prozeß gegen den Massenmörder Schumann.

WTB. **Berlin,** 5. Juli. Heute begann vor dem Schwurgericht der Prozeß gegen den Falkenhagener Massenmörder Friedrich Schumann. Der Angeklagte wird beschuldigt des Mordes in 7 Fällen, des versuchten Mordes in 11 Fällen, in 2 Fällen der vorsätzlichen Brandstiftung mit Mordabsicht, Notzucht in 4 Fällen, des Versuchs dieses Verbrechens in 2 Fällen und des versuchten vollendeten schweren Diebstahls in 8 Fällen.

Kairo. (Reuter.) Folgenschwere Entgleisung eines Munitionszuges. Ein mit Munition und Petroleum beladener Zug entgleiste in Palästina und verbrannte. Sieben Personen wurden getötet, viele andere verwundet.

Scranton (Pennsylvanien). Schwerer Straßenbahnunfall. Bei einem Straßenbahnunfall in der Nähe von Pittston wurden 18 Personen getötet und 100 verletzt.

Versammlungs-Kalender

Merseburg. Donnerstag, den 8. Juli im Restaurant Hohenzollern, Teichstr.: **Mitglieder-Versammlung.** Tagesordnung: 1. Bericht von der Unterbezirkskonferenz. 2. Wahl eines Delegierten zum Parteitag. 3. Rednerkursus. 4. Partei-Angelegenheiten. Das Erscheinen aller Genossen und Genossinnen ist notwendig. Der Vorstand.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200706-15/fragment/page=0006